

A M T S B L A T T

für die Evangelische Kirche in Österreich

Jahrgang 2014

Ausgegeben am 31. März 2014

3. Stück

33. Kollektenaufruf zur Baukollekte am Ostersonntag, 20. April 2014
34. Kollektenaufruf für den Sonntag Jubilate, 11. Mai 2014
35. Änderung in der Bildungskommission der XIV. Generalsynode
36. Verein „Missionsgemeinschaft der Fackelträger—Tauernhof Schladming“
37. Mindestgehälter-Verordnung 2014 (MindestGeh-VO 2014)
38. Kollektivvertrag 2013/2: Hinterlegung
39. Kollektivvertrag 2013/2
40. Vertragsbedienstetengesetz — Gehaltsanpassung 2014; zur Information
41. Evangelischer Verein für ganzheitliches Lernen Ried
42. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Favoriten-Thomas-kirche
43. Ausschreibung (erste) der nicht mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Gumpendorf
44. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Kirchdorf an der Krems
45. Ausschreibung (erste) einer Pfarrstelle des Gemeindeverbandes Mürrzuschlag-Kindberg
46. Ausschreibung (dritte) der 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Weiz
47. Ausschreibung (dritte) der 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Gleisdorf
48. Ausschreibung (dritte) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Liezen-Admont
49. Ausschreibung (dritte) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gaishorn/Trieben
50. Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Ramsau am Dachstein
51. Ausschreibung (dritte) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Arriach
52. Ausschreibung (erste) der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Salzburg-Nördlicher Flachgau
53. Ausschreibung (erste) einer 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Salzburg-Süd in Kombination mit einer halben Stelle mit voller Lehrverpflichtung
54. Ausschreibung (zweite) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Saalfelden
55. Evangelische Kirche H. B. Seelenstandsbericht 2013

Kundmachungen des Evangelischen Oberkirchenrates A. u. H. B.

33. Zl. KOL 05; 316/2014 vom 20. Feber 2014

Kollektenaufruf zur Baukollekte am Ostersonntag, 20. April 2014

Die evangelische Kirche St. Pölten wurde im Jahre 1892 eingeweiht und ist damit eine der ältesten evangelischen Kirchen Niederösterreichs. Das daneben befindliche Pfarrhaus wurde vor mehr als 100 Jahren als Pfarrer-Wohnhaus errichtet. Pfarrhaus und Kirche stehen unter Denkmalschutz und befinden sich an Hauptverkehrsstraßen.

Die Feuchtigkeit hat den beiden Gebäuden stark zugesetzt, das Mauerwerk bröckelte an vielen Stellen innen und außen und die Dächer beider Gebäude drohten einzustürzen. Die Eingangssituation erschwerte das gemeindliche Leben: Kirche und Pfarrräumlichkeiten waren keineswegs barrierefrei zugänglich. Die Kommunikationsräume im Pfarrhaus lagen im Souterrain und waren verwinkelt.

Das im Frühjahr 2013 begonnene Bauprojekt umfasste die gründliche Sanierung der historischen Bausubstanz. Eine neue, helle Vorhalle soll nicht nur einen barrierefreien Zugang ermöglichen, sondern stellt auch ein modern gestaltetes Bindeglied zwischen den gründerzeitlichen Bauten dar. Der früher bestehende „Hinterhof“ zwischen Kirche und Pfarrhaus wird mit einem Glasdach überdeckt und das Pfarrhaus komplett neu gestaltet. Es erhält helle und freundliche Gemeinderäume für verschiedenste Anlässe, ausreichende Sanitäreinrichtungen, eine flexible Bestuhlung und einen Aufzug. Die Kirche erhält eine Fußbodenheizung, ebenfalls eine Bestuhlung anstelle von Kirchenbänken, einen offener gestalteten Altarraum und die historisch wertvolle Orgel wurde vollkommen restauriert.

Die Gesamtprojektkosten sind mit zirka 2,4 Mio EUR veranschlagt. Aus den bisherigen Spenden von zirka EUR 850.000 und Subventionen stehen uns derzeit insgesamt zirka 1,5 Mio EUR zur Verfügung. Die Finanzierungslücke

kann nur durch weitere Spenden und Bankdarlehen geschlossen werden.

Wir stehen vor der Fertigstellung eines zweckdienlichen und repräsentativen Gemeindezentrums in Citynähe, das uns viele Möglichkeiten bietet. Doch nur mit gemeinsamen Einsatz und Gottes Hilfe werden wir die finanzielle Last schultern können.

Wir bitten daher um Ihre Spende und Mithilfe!

Das Presbyterium der Pfarrgemeinde St. Pölten bedankt sich sehr herzlich für Ihre Unterstützung und Ihre Solidarität im Rahmen der Baukollekte.

Mit glaubensgeschwisterlichen Grüßen aus St. Pölten,

Kurator Dr. Peter Krömer, Pfarrer Mag. Herbert Graeser.

34. Zl. KOL 07; 462/2014 vom 14. März 2014

Kollektenaufruf für den Sonntag Jubilate, 11. Mai 2014
Gewidmet der Evangelischen Frauenarbeit in Österreich

Die Frauenarbeit ermutigt und ermächtigt Frauen auf der Grundlage des Evangeliums in Gesellschaft und Kirche zu handeln. Sie stellt Arbeitsunterlagen und Diskussionshilfen zu gesellschaftlich relevanten und kirchlichen Fragen zur Verfügung. Sie engagiert sich im sozial-diakonischen Bereich und über den „Solidaritätsfonds Frauen in Not“ für in Not geratene Frauen und Familien.

Zu den Schwerpunkten der Evangelischen Frauenarbeit zählt auch die entwicklungspolitische Arbeit durch die Weltgebetstags-Projekte und die Arbeit für „Brot für die Welt“ (früher „Brot für Hungernde“).

Selbstverständlich fühlt sich die Frauenarbeit besonders für die Arbeit der Frauen in den Pfarrgemeinden verpflichtet: Die Erstellung von Arbeitshilfen, Gottesdienst- und Andachtshilfen — wie z. B. der Liturgie-Vorschlag zum diesjährigen Jubilate-Sonntag — sind eine kontinuierliche Arbeit, die geleistet wird.

Daneben greift die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift der Frauenarbeit, „efa“, aktuelle Themen und Problemfelder auf, die Frauen in unserer Kirche, aber auch in aller Welt betreffen.

Die Frauenarbeit engagiert sich auch gemeinsam mit anderen Frauenorganisationen, wenn es darum geht, die Stimme gegen Ungerechtigkeit und Benachteiligungen zu erheben. In der Ökumene hat sie daher einen wichtigen Stellenwert.

Die Evangelische Frauenarbeit will dieses Engagement weiterführen und fortsetzen.

Dafür benötigen wir Ihre Hilfe!

Bitte unterstützen Sie uns heute an diesem Sonntag Jubilate mit Ihrer Kollekte, damit wir auch weiterhin die Frauen-Stimme in Kirche und Gesellschaft erheben können.

Vielen herzlichen Dank!

35. Zl. SYN 16; 475/2014 vom 18. März 2014

Änderung in der Bildungskommission der XIV. General-synode

Mag. Frank LISSY-HONEGGER wurde am 25. Feber 2014 von der Bildungskommission als Nachfolger des verstorbenen Herrn Mag. Ferdinand LEHNER gewählt und am 17. März 2014 von der gemeinsamen Sitzung der Kirchenpresbyterien A. B. und H. B. bestätigt.

36. Zl. VER 35; 468/2014 vom 17. März 2014

Verein „Missionsgemeinschaft der Fackelträger— Tauernhof Schladming“

In der Vorstandssitzung und Vollversammlung vom 1. März 2014 ist folgender Vorstand neu gewählt worden:

Funktion	Name
Vorsitzender	Senior Mag. Gerhard KRÖMER
Vorsitzender-Stellvertreter	Brad KEIRNES
Kassier	Brad KEIRNES
Kassier-Stellvertreter	Mag. Siegfried STEINER
Schriftführer	Mag. Siegfried STEINER
Schriftführer-Stellvertreter	Joel COOK

37. Zl. G 16; 595/2014 vom 25. März 2014

Mindestgehälter-Verordnung 2014 (MindestGeh-VO 2014)

(Verordnung des Evangelischen Oberkirchenrates A. u. H. B., ABl. Nr. 205/2002, 90/2003, 109/2003, 273/2003, 122/2005, 50/2006, 135/2006, 60/2007, 46/2008, 221/2008, 48/2010, 56/2011 und 8/2012)

§ 1. Diese Verordnung gilt für Dienstverträge mit DienstnehmerInnen, die von DienstnehmerInnen mit den in § 1 Abs. 1 der Dienstordnung 2003 und Dienstordnung 2012 (ABl. Nr. 153/2012) genannten Dienstgebern abgeschlossen werden, sofern auf das Dienstverhältnis nicht eine bundesgesetzliche Regelung, z. B. die für kirchlich bestellte ReligionslehrerInnen, oder eine landesgesetzliche Regelung, z. B. die für KindergärtnerInnen und HortnerInnen, oder ein anderes Kirchengesetz, z. B. für Kirchenmusiker (ABl. Nr. 153/95 und Anhang), anzuwenden ist, oder sofern für den Bereich ein Mindestlohntarif, ein Kollektivvertrag oder eine Betriebsvereinbarung, z. B. für Einrichtungen der Diakonie, gilt.

§ 2. Diese Verordnung gilt nicht für ReligionslehrerInnen, die zusätzlich zum Religionsunterricht von einer Pfarrgemeinde für Gemeindearbeiten angestellt werden. In dem nach der Dienstordnung abzuschließenden Teilzeitdienstvertrag ist die Einstufung in das für den Religionsunterricht gültige Entlohnungsschema vorzunehmen.

§ 3. Bestehende Vereinbarungen über höhere Grundgehälter als die mit dieser Verordnung festgesetzten, bleiben unberührt.

§ 4. Nach Ablauf der Stellungnahmefrist gemäß Ankündigung in ABl. Nr. 239/2013 (Erhöhung in allen Stufen um 2,95%) werden für die in der Dienstordnung 2003 und der Dienstordnung 2012 festgelegten Qualifikationsgruppen die Mindestgehälter ab 1. Jänner 2014 festgelegt.

Mindestgehälter-Verordnung Tabellen 2014

Rückwirkend ab 1. Jänner 2014 gelten daher die für 2014 gültigen Tabellen des § 4 der Mindestgehälter-Verordnung wie folgt:

Für die Qualifikationsgruppe I:

(Hausarbeiter, Raumpfleger, Hauswarte, Portiere, KüsterInnen und sonstige angelernte Dienste)

Jahr	Biennium	EURO
0– 2	1	1387,55
3– 4	2	1400,42
5– 6	3	1413,19
7– 8	4	1425,96
9–10	5	1438,61
11–12	6	1451,72
13–14	7	1464,48
15–16	8	1477,36
17–18	9	1490,05
19–20	10	1503,13
21–22	11	1515,77
23–24	12	1528,79
25–26	13	1541,44
27–28	14	1554,21
29–30	15	1567,08
31–32	16	1579,96
33–34	17	1592,83
35–36	18	1605,72
37–38	19	1618,49
39–40	20	1631,37
41–42	21	1644,13

Für die Qualifikationsgruppe II:

(angelernte Bürokräfte für einfache Arbeiten nach Vorgaben, Mitarbeiter in Registratur, im Postexpedit, als Telefonist)

Jahr	Biennium	EURO
0– 2	1	1.441,19
3– 4	2	1.464,45
5– 6	3	1.487,60
7– 8	4	1.510,84
9–10	5	1.533,87
11–12	6	1.557,02
13–14	7	1.580,16
15–16	8	1.603,08
17–18	9	1.626,45
19–20	10	1.650,68
21–22	11	1.672,62
23–24	12	1.695,52
25–26	13	1.718,68
27–28	14	1.742,03
29–30	15	1.765,61

31–32	16	1.790,07
33–34	17	1.815,09
35–36	18	1.840,55
37–38	19	1.867,10
39–40	20	1.893,11
41–42	21	1.919,77

Für die Qualifikationsgruppe III:

(Bürokräfte mit Ausbildung z. B. für das selbstständige EDV-mäßige Erstellen von Texten, Layout, Tabellen, Kontierung, sekretariell-administrative Unterstützung Terminkoordination, Korrespondenz usw., Kirchenbeitragsbeauftragte für Gemeinden bis zu 2500 Mitgliedern)

Jahr	Biennium	EURO
0– 2	1	1.495,08
3– 4	2	1.525,10
5– 6	3	1.555,13
7– 8	4	1.584,92
9–10	5	1.614,84
11–12	6	1.644,74
13–14	7	1.674,75
15–16	8	1.704,78
17–18	9	1.734,56
19–20	10	1.764,82
21–22	11	1.796,71
23–24	12	1.829,40
25–26	13	1.862,97
27–28	14	1.896,86
29–30	15	1.931,09
31–32	16	1.965,44
33–34	17	2.000,12
35–36	18	2.034,79
37–38	19	2.069,22
39–40	20	2.103,78
41–42	21	2.138,36

Für die Qualifikationsgruppe IV:

Assistenten für leitende Amtsträger (z. B. Superintenden, Oberkirchenräte, Kirchenräte), Sachbearbeiter mit selbstständigem Aufgabenbereich (z. B. Gemeindepädagogen, Jugendreferenten, Kirchenbeitragsreferenten für große Pfarrgemeinden oder Gemeindeverbände mit mehr als 2500 Mitgliedern, Gehaltsverrechner, Buchhalter bis Rohbilanz).

Für die Qualifikationsgruppe IV ist maßgebend, dass die spezifische Qualifikationsaneignung für diese Tätigkeit üblicherweise innerhalb eines halben Jahres erfolgen kann, entsprechende schulische Vorbildung vorausgesetzt.

Jahr	Biennium	EURO
0– 2	1	1.662,74
3– 4	2	1.697,76
5– 6	3	1.732,76
7– 8	4	1.768,11
9–10	5	1.805,58
11–12	6	1.843,71
13–14	7	1.883,74

15–16	8	1.923,44
17–18	9	1.979,74
19–20	10	2.037,16
21–22	11	2.112,43
23–24	12	2.188,03
25–26	13	2.263,41
27–28	14	2.338,46
29–30	15	2.414,03
31–32	16	2.489,54
33–34	17	2.565,36
35–36	18	2.640,39
37–38	19	2.716,34
39–40	20	2.791,48

Für die Qualifikationsgruppe V:

spezialisierte Sachbearbeiter mit besonderer Verantwortung (z. B. selbstständige Projektbetreuer, Jugendreferenten mit zertifizierter Spezialausbildung, Bilanzbuchhalter, EDV-Administratoren und EDV-Systembetreuer, KB-Beauftragte für die Superintendenz bzw. die Gesamtgemeinde).

Für die Einreihung in die Qualifikationsgruppe V ist maßgebend, dass für die Qualifikation üblicherweise eine berufsbildende Matura und/oder eine längere bzw. zumindest halbjährige Einarbeitszeit erforderlich ist.

Jahr	Biennium	EURO
0– 2	1	2.012,59
3– 4	2	2.055,40
5– 6	3	2.098,19
7– 8	4	2.141,39
9–10	5	2.187,19
11–12	6	2.233,82
13–14	7	2.282,74
15–16	8	2.331,24
17–18	9	2.400,09
19–20	10	2.470,27
21–22	11	2.562,27
23–24	12	2.654,69
25–26	13	2.746,82
27–28	14	2.838,56
29–30	15	2.930,97
31–32	16	3.023,22
33–34	17	3.115,91
35–36	18	3.207,64
37–38	19	3.300,45
39–40	20	3.392,32

38. Zl. LK 019; 273/2014 vom 14. Feber 2014

Kollektivvertrag 2013/2: Hinterlegung

Der Kollektivvertrag 2013/2 wurde beim Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz hinterlegt und registriert (Registerzahl KV 90/2014; Katasterzahl XXIV/98/3) und im Amtsblatt zur Wiener Zeitung am 25. Feber 2014 kundgemacht.

39. Zl. LK 019; 394/2014 vom 3. März 2014

Kollektivvertrag 2013/2

Der Evangelische Oberkirchenrat A. und H. B., der Evangelische Oberkirchenrat A. B. und der Evangelische Oberkirchenrat H. B. als Kirchenleitungen und Dienstgeber gemäß der Verfassung der Evangelischen Kirche in Österreich und dem Bundesgesetz vom 6. Juli 1961, BGBl. Nr. 182, über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche, mit Zustimmung der zuständigen Kirchenpresbyterien einerseits

sowie

der Verein Evangelischer Pfarrerinnen und Pfarrer als die vom Bundeseinigungsamt am 17. Jänner 1996 unter Zl. 11/BEA/1996-1 gemäß § 4 des Arbeitsverfassungsgesetzes, BGBl. Nr. 22/1974 i. g. F. anerkannte Freiwillige Berufsvereinigung der Dienstnehmer andererseits

schließen für das Kalenderjahr 2013 folgenden Kollektivvertrag ab:

Teil I

Gehaltsordnung

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

(1) Die Gehaltsordnung regelt die Ansprüche der geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen der Evangelischen Kirche in Österreich, die in einem aufrechten Dienstverhältnis zur Evangelischen Kirche A. B., zur Evangelischen Kirche H. B., ferner zu einem Werk der Kirche, zu evangelisch-kirchlichen Vereinen, kirchlichen Stiftungen und Anstalten in Österreich stehen, letztere soweit deren Rechtsträger sich diesem Kollektivvertrag anschließen oder angeschlossen haben.

(2) Nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen gilt diese Gehaltsordnung sinngemäß für Lehrvikare und Lehrvikarinnen, Pfarramtskandidaten und Pfarramtskandidatinnen.

1. Das Gehalt

§ 2

Das Gehalt besteht aus

1. dem Grundgehalt und
2. den Zulagen.

§ 3

(1) Das Grundgehalt wird durch das Gehaltsschema „Alt“ und „Neu“ bestimmt.

(2) Das Gehaltsschema „neu“ gilt für alle geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen, die ab 1. Jänner 2005 neu eintreten, sowie jene geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen, die sich zum Stichtag 31. Dezember 2004 in den Gehaltsstufen 1 bis 6 befanden und für jene, die mit Einzelerklärung in das Gehaltsschema „neu“ übertreten. Das Gehaltsschema „alt“ gilt für alle übrigen geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen.

(3) Lehrvikare und Lehrvikarinnen, Pfarramtskandidaten und Pfarramtskandidatinnen erhalten den für das Ausbildungsverhältnis festgesetzten Bezug.

(4) Für geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen im Wartestand gelten die in § 14 getroffenen Regelungen.

(5) Die gemäß § 46 Abs 3 Ordnung des geistlichen Amtes kirchengesetzlich festgelegte Abtretungsverpflichtung ist von diesem Kollektivvertrag nicht berührt, sie ist von jedem geistlichen Amtsträger und jeder geistlichen Amtsträgerin selbst zu erfüllen.

(6) Die Gehaltsstufe geistlicher Amtsträger und geistlicher Amtsträgerinnen richtet sich nach den zurückgelegten bzw. angerechneten Dienstjahren. Im Gehaltsschema „alt“ wird nach zwei Dienstjahren und im Gehaltsschema „neu“ nach fünf Dienstjahren die nächste Gehaltsstufe erreicht. Bei der Berechnung dieser Zeiträume sind die in Teilbeschäftigung verbrachten Dienstzeiten bei einer Beschäftigung von mindestens der Hälfte der Vollbeschäftigung zur Gänze, sonst zur Hälfte anzurechnen.

§ 4

(1) Das Grundgehalt beträgt für vollbeschäftigte geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen im Dienst der **Evangelischen Kirche A. B.** in Österreich, deren Werke und Einrichtungen sowie jenen der Evangelischen Kirche A. und H. B.

Stufe	Schema alt 2013	€	Stufe	Schema neu 2013	€
1	2.311,—		1	2.414,—	
2	2.311,—		2	2.611,—	
3	2.311,—		3	2.809,—	
4	2.329,—		4	3.006,—	
5	2.407,—		5	3.204,—	
6	2.545,—		6	3.402,—	
7	2.681,—		7	3.597,—	
8	2.819,—		8	3.798,—	
9	2.953,—				
10	3.093,—				
11	3.229,—				
12	3.367,—				
13	3.505,—				
14	3.631,—				
15	3.752,—				
16	3.866,—				
17	3.988,—				
18	4.147,—				

Ausbildungsdienstverhältnis:

Stufe 2013	€
LehrvikarIn 1. Jahr	1.800,—
LehrvikarIn 2. Jahr	1.857,—
PfarramtskandidatIn	2.153,—

(2) Die Vergütung der über das Pflichtstundenausmaß nach der Regelstundenverordnung hinausgehenden Religionsunterrichtsstunden wird für geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen in der Kirche A. B. mit € 53,20 pro Monatswochenstunde festgelegt (Belastungszulage).

§ 5

(1) Das Grundgehalt beträgt für vollbeschäftigte geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen im Dienst der **Evangelischen Kirche H. B.** in Österreich:

Stufe	Schema alt 2013	€	Stufe	Schema neu 2013	€
1			1	2.451,—	
2			2	2.653,—	
3			3	2.853,—	
4	2.340,—		4	3.053,—	
5	2.420,—		5	3.256,—	
6	2.560,—		6	3.457,—	
7	2.697,—		7	3.657,—	
8	2.836,—		8	3.857,—	
9	2.975,—				
10	3.113,—				
11	3.253,—				
12	3.392,—				
13	3.529,—				
14	3.659,—				
15	3.781,—				
16	3.896,—				
17	4.018,—				
18	4.179,—				

Ausbildungsdienstverhältnis:

Stufe 2013	€
LehrvikarIn 1. Jahr	1.826,—
LehrvikarIn 2. Jahr	1.885,—
PfarramtskandidatIn	2.185,—

(2) Die Vergütung der über das Pflichtstundenausmaß nach der Regelstundenverordnung hinausgehenden Religionsunterrichtsstunden wird mit € 60,40 pro Monatswochenstunde festgelegt (Belastungszulage).

(3) Die Umstellungszulage erhalten diejenigen Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen, die beim Wechsel vom „Gehaltsschema alt“ auf das „Gehaltsschema neu“, und damit vom Pensionsanspruch gemäß Abschnitt A „alt“ zum Pensionsanspruch gemäß Abschnitt B „neu“ des Kollektivvertrages, den Differenzbetrag nicht an das Pensionsinstitut (PI) überweisen lassen, sondern als Teil ihres Gehaltes ausbezahlt erhalten. Die Umstellungszulage wird im Falle einer prozentuellen Erhöhung des Grundgehaltes diesem nicht zugerechnet, sondern unabhängig vom Grundgehalt zum 1. Jänner eines jeden Jahres mit der durchschnittlichen Veränderung des Verbraucherpreisindex der letzten zwölf Monate, beginnend mit Oktober, angepasst.

(4) Bei einem Wechsel des kirchlichen Dienstgebers/der kirchlichen Dienstgeberin gilt ab dem Tage des Dienstantritts die entsprechende Gehaltstabelle.

§ 6

(1) Außer den monatlichen Bezügen gebührt dem geistlichen Amtsträger und der geistlichen Amtsträgerin für jedes Kalenderhalbjahr eine Sonderzahlung. Die Höhe

richtet sich nach dem Grundgehalt, gegebenenfalls plus „Religionsunterricht-Nebenbeschäftigung“ (welche im Monat der Auszahlung zustehen), sowie dem Durchschnitt (sechs Monate) sämtlicher Zulagen. Steht der geistliche Amtsträger und die geistliche Amtsträgerin während des Kalenderhalbjahres, für das ihm oder ihr die Sonderzahlung gebührt, nicht ununterbrochen im Genuss des vollen Monatsbezuges, so gebührt ihm bzw. ihr aus der Sonderzahlung nur der entsprechende Teil. Die für das erste Kalenderhalbjahr gebührende Sonderzahlung ist am 31. Mai, die für das zweite Kalenderhalbjahr am 30. November auszubezahlen.

(2) Wer entgegen § 16 der Ordnung des geistlichen Amtes nach drei Jahren im provisorischen Dienstverhältnis bei Erfüllung aller Definitivstellungserfordernisse nicht um die Definitivstellung ansucht, bleibt ab dem sechsten Monat nach dem Stichtag in der bis dahin erreichten Gehaltsstufe, rückt nicht vor und erhält bis zu seiner oder ihrer späteren Definitivstellung unverändert das Gehalt, das ihm oder ihr zum Zeitpunkt der erstmöglichen Definitivstellung zusteht. Sobald die Definitivstellung erfolgt, wird der geistliche Amtsträger oder die geistliche Amtsträgerin in die Gehaltsstufe eingeordnet, die er oder sie mit der Vorrückung gemäß der vorgesehenen Definitivstellung erreicht hätte. Die Regelung tritt mit 1. September 2012 in Kraft. In nachweislich begründeten Fällen (zum Beispiel Bildungskarenz) kann der zuständige Oberkirchenrat auf Antrag eine Ausnahmegenehmigung erteilen, welche schriftlich zu erfolgen hat und sowohl dem Antragsteller oder der Antragstellerin als auch dem Kollektivvertragspartner zuzustellen ist.

(3) Teilzeitbeschäftigte erhalten den ihrem Beschäftigungsmaß entsprechenden Teil der ihnen nach der Gehaltsordnung gebührenden Bezüge.

(4) Zur Erzielung einer einheitlichen Auszahlung hat jeder geistliche Amtsträger und jede geistliche Amtsträgerin den bezugsauszahlenden Stellen für den Religionsunterricht als Zahlstelle das entsprechende Konto dem Kirchenamt A. B. bzw. der Kirchenkanzlei H. B. zu benennen.

(5) Für Mehrleistungen über die volle Lehrverpflichtung hinaus gilt der letzte Satz des § 4 Abs 2 bzw § 5 Abs 2 entsprechend.

(6) Entgelte für Zusatzleistungen im Rahmen des Religionsunterrichts, wie z. B. für die Betreuung von Fachbereichsarbeiten, Prüfungstaxen und ähnliches, sind dem Berechtigten oder der Berechtigten weiterzugeben.

2. Zulagen

§ 7

(1) Geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen, Lehrvikare und Lehrvikarinnen, Pfarramtskandidaten und Pfarramtskandidatinnen haben Anspruch auf Zulagen nach den folgenden Bestimmungen.

(2) Die Kinderzulage und die Ausbildungsbeihilfe sind mit dem Grundgehalt als Monatsbezug auszubezahlen.

(3) Für die Bemessung von außerordentlichen Zuschussleistungen bleiben die Zulagen gemäß §§ 6 bis 10 sowie Aufwandsentschädigungen außer Betracht.

§ 8

Kinderzulage

(1) Geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen, Lehrvikare und Lehrvikarinnen, Pfarramtskandidaten oder Pfarramtskandidatinnen, ihre Witwen und Witwer haben Anspruch auf Kinderzulage.

(2) Die Kinderzulage gebührt für

- a) minderjährige Kinder,
- b) für volljährige Kinder, solange ein Anspruch auf Familienbeihilfe nach dem Familienlastenausgleichsgesetz (FLAG) besteht.

(3) Im Sinne des Abs 2 sind Kinder

- a) leibliche Nachkommen,
- b) Wahlkinder,
- c) Stiefkinder,
- d) Pflegekinder gemäß §§ 186 und 186 a ABGB.

(4) Anspruch auf Kinderzulage für ein Kind gemäß Abs 2 hat jener geistliche Amtsträger und jene geistliche Amtsträgerin, zu dessen oder deren Haushalt das Kind gehört bzw. der oder die für das Kind unterhaltspflichtig ist.

(5) Ein geistlicher Amtsträger und eine geistliche Amtsträgerin, zu dessen oder deren Haushalt das Kind zwar nicht gehört, der oder die jedoch die Unterhaltskosten für das Kind überwiegend trägt, hat dann Anspruch auf Kinderzulage, wenn kein anderer geistlicher Amtsträger oder keine andere geistliche Amtsträgerin oder eine andere Person gemäß Abs 4 anspruchsberechtigt ist.

(6) Für ein Kind hat nur eine Person Anspruch auf die Kinderzulage. Gehört ein Kind zum gemeinsamen Haushalt der Eltern, so hat die Mutter Anspruch auf die Kinderzulage. Der Verzicht zugunsten des anderen Elternteils ist zulässig. Er ist schriftlich zu erklären und kann jederzeit widerrufen werden.

(7) Die Auszahlung der Kinderzulage für volljährige Kinder erfolgt nur nach Vorlage der vom zuständigen Finanzamt ausgestellten „Mitteilung über den Bezug der Familienbeihilfe“ oder eine an deren Stelle tretende Mitteilung. Die in dieser Mitteilung angeführte Frist für die Gewährung der Familienbeihilfe ist für den Anspruch auf Kinderzulage maßgeblich.

(8) Für geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen der Evangelischen Kirche A. B. und H. B. beträgt die Kinderzulage ab dem 1. Jänner 2013 für jedes Kind € 55,20 monatlich. Für Lehrvikare und Lehrvikarinnen, Pfarramtskandidaten und Pfarramtskandidatinnen beträgt die Kinderzulage ab 1. Jänner 2013 für jedes Kind € 88,20 monatlich. Bei Dienstverhältnissen unter 50% wird die Hälfte der Zulage ausbezahlt.

(9) Die Kinderzulage wird nur auf Antrag zuerkannt, und zwar vom Beginn des Monats an, in dem die Voraussetzungen für den Anspruch erfüllt werden. Mit Ablauf des Bezuges der Familienbeihilfe erlischt der Anspruch auf Kinderzulage, sofern nicht vorher die weitere Anspruchsberechtigung (Abs 11) nachgewiesen wird.

(10) Zu Unrecht bezogene Kinderzulagen sind rückzuerstatten. Die bezugsauszahlende Stelle ist berechtigt, sie auf dem Abzugswege hereinzubringen.

(11) In Ausnahmefällen kann über begründeten Antrag durch den Oberkirchenrat A. B. bzw. H. B. maximal bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres die Kinderzulage gewährt oder weiter gewährt werden, auch wenn die staatliche Familienbeihilfe nicht mehr gewährt wird.

§ 9

Ausbildungsbeihilfe

(1) Zusätzlich zur Kinderzulage haben geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen, Lehrvikare und Lehrvikarinnen, Pfarramtskandidaten und Pfarramtskandidatinnen, ihre Witwen und Witwer für ein Kind gemäß § 8 Abs 2 und 3 Anspruch auf eine Ausbildungsbeihilfe. Der Anspruch auf Ausbildungsbeihilfe setzt voraus:

- a) den bestehenden Anspruch auf Kinderzulage;
- b) die Schul- und Berufsausbildung des Kindes außerhalb des Wohnsitzes des gemeinsamen Haushalts der Eltern bzw. des Hauptwohnsitzes jenes Elternteils, zu dem das Kind gehört, wenn und weil keine entsprechende Ausbildungsmöglichkeit am Hauptwohnsitz besteht, und
- c) das Kind in einem Schülerheim, Studentenheim, Mietwohnung usw. wohnen muss.

(2) Die Ausbildungsbeihilfe wird nur auf Antrag zuerkannt. Dem Antrag sind die Originalrechnungen des Schülerheimes, Studentenheimes, der Mietwohnung usw. beizulegen. Die Ausbildungsbeihilfe wird befristet vom Beginn des Monats, in dem die Voraussetzungen für den Anspruch erfüllt werden, bis zum Ende des Kalenderjahres, das der Antragstellung folgt, zuerkannt.

(3) Eine Verlängerung der Zuerkennung ist zulässig und jeweils gemäß Abs 2 zu beantragen. Nachträgliche Anträge auf Auszahlung einer Ausbildungsbeihilfe dürfen innerhalb einer Verjährungsfrist von drei Jahren rückwirkend gestellt werden. Dabei wird auf jenen Monat zurück gerechnet, in welchem die Voraussetzungen für den Anspruch erfüllt wurden bzw. die bezugsändernde Tatsache (§ 16) vorlag.

(4) Die Ausbildungsbeihilfe beträgt ab dem 1. Jänner 2013 monatlich für jedes Kind € 169,70. Bei Dienstverhältnissen unter 50% wird die Hälfte der Zulage ausbezahlt.

(5) Zu Unrecht bezogene Ausbildungsbeihilfen sind rückzuerstatten. Die bezugsauszahlende Stelle ist berechtigt, sie auf dem Abzugswege hereinzubringen.

§ 10

Trennungszulage

(1) Einem geistlichen Amtsträger oder einer geistlichen Amtsträgerin, einem Lehrvikar oder einer Lehrvikarin, einem Pfarramtskandidaten oder einer Pfarramtskandidatin gebührt für die Zeit der Trennung von seiner bzw. ihrer Familie oder von der oder den im Haushalt lebenden Person/Personen eine Trennungszulage von € 3,63 pro Tag, die mit dem Monatsbezug zwölf mal p. a. bzw. aliquot ausbezahlt wird, wenn er oder sie zur Ausübung seines oder ihres Amtes für mehr als einen Monat seinen oder ihren ordentlichen Wohnsitz verlassen und einen neuen Wohnsitz begründen muss, ohne dass eine Übersiedlung

der Familie oder der im Haushalt lebenden Personen erwartet werden kann, weil eine Dienstwohnung nicht zur Verfügung steht oder eine Übersiedlung nicht zumutbar ist.

(2) Der Anspruch auf Trennungszulage erlischt, wenn eine Übersiedlung des geistlichen Amtsträgers oder der geistlichen Amtsträgerin möglich, zumutbar oder aus der Interessenlage der Evangelischen Kirche A. B. bzw. H. B. wünschenswert ist.

§ 11

Administrationszulage

Für die Administration einer Pfarrgemeinde gebührt dem geistlichen Amtsträger oder der geistlichen Amtsträgerin entsprechend der Administrationszulagenverordnung pro Monat eine Administrationszulage. Das Ausmaß wird bei Übertragung der Administration festgelegt, die Vergütung beträgt € 52,70 pro Einheit. Bei Ersatz der geltenden Administrationszulagenverordnung durch eine „Administrationsverordnung 2013“, welche die Bemessung der Administrationszulage im Sinne des derzeitigen Verordnungsentwurfes neu regelt, wird die Vergütung mit € 30,— pro Einheit festgelegt werden.

§ 12

Funktionszulagen

(1)

a) Im Gehaltsschema alt:

Senioren und Seniorinnen, Superintendenten und Superintendentinnen, geistliche Oberkirchenräte und geistliche Oberkirchenrätinnen, der Landessuperintendent oder die Landessuperintendentin, der Bischof oder die Bischöfin erhalten für die Dauer der Ausübung ihrer Funktion nicht ruhegenussfähige Funktionszulagen, deren Höhe sich am Grundgehalt eines geistlichen Amtsträgers und einer geistlichen Amtsträgerin der Evangelischen Kirche A. B. bzw. der Evangelischen Kirche H. B. in der Gehaltsstufe 10 gemäß Gehaltsschema „alt“ orientiert,

und zwar erhalten:

Senioren und Seniorinnen	5,9813 Prozent
Superintendenten und Superintendentinnen, hauptamtliche geistliche Oberkirchenräte und Oberkirchenrätinnen	19,0753 Prozent
der Landessuperintendent/ die Landessuperintendentin	16,5435 Prozent
der Bischof/die Bischöfin	38,1507 Prozent

dieses Betrages.

b) Im Gehaltsschema neu:

Senioren und Seniorinnen, Superintendenten und Superintendentinnen, geistliche Oberkirchenräte und Oberkirchenrätinnen, der Landessuperintendent/die Landessuperintendentin, der Bischof/die Bischöfin erhalten für die Dauer der Ausübung ihrer Funktion Funktionszulagen, deren Höhe sich am Grundgehalt eines geistlichen Amtsträgers und einer geistlichen Amtsträgerin der Evangelischen Kirche A. B. bzw. der Evangelischen Kirche H. B. in der Gehaltsstufe 5 gemäß Gehaltsschema „neu“ orientiert;

und zwar erhalten:

Senioren und Seniorinnen	5,7741 Prozent
Superintendenten und Superintendentinnen, hauptamtliche geistliche Oberkirchenräte und Oberkirchenrätinnen der Landessuperintendent/	18,4145 Prozent
die Landessuperintendentin	15,8170 Prozent
der Bischof/die Bischöfin	36,8290 Prozent

dieses Betrages.

(2) Ist ein Superintendent oder eine Superintendentin, der Landessuperintendent oder die Landessuperintendentin, ein geistlicher Oberkirchenrat oder eine geistliche Oberkirchenrätin, der Bischof oder die Bischöfin länger als vier Wochen verhindert, seine oder ihre Funktion auszuüben, ruht ab dem ersten Tag der fünften Woche sein oder ihr Anspruch auf Funktionszulage. Ab dem Beginn der fünften Woche der Verhinderung gebührt dem oder der Vertretenden für die Zeit der Vertretung die Funktionszulage des oder der Vertretenen.

(3) Die Pfarrer und Pfarrerinnen im Amt für Hörfunk und Fernsehen sowie im Presseamt der Evangelischen Kirche A. und H. B. erhalten für die Dauer der Ausübung dieses Amtes eine Funktionszulage in der Höhe der gemäß Abs 1 a) bzw. Abs 1 b) für Senioren oder Seniorinnen festgesetzten Zulage. Diese Regelung gilt nicht für Nach- oder Neubesetzungen der Stellen im Amt für Hörfunk und Fernsehen bzw. Presseamt.

(4) Die Verpflichtung zur Leistung der mit Abs 1, 2 und 3 festgelegten Zulagen erlischt mit Ablauf der Amtsdauer der Funktion des geistlichen Amtsträgers oder der geistlichen Amtsträgerin.

3. Auslagenersatz

§ 13

(1) Geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen, Lehrvikare und Lehrvikarinnen, Pfarramtskandidaten und Pfarramtskandidatinnen haben gegenüber dem Dienstgeber/der Dienstgeberin Anspruch auf Ersatz ihrer durch den Dienst hervorgerufenen Auslagen, soweit sie nicht von Dritten zu tragen oder zu übernehmen sind.

(2) Für Dienstverrichtungen nicht hauptamtlicher Militärseelsorger und Militärseelsorgerinnen im Bereich des Bundesheeres sind Reisekostensätze und Taggelder wie für Sitzungen synodaler Ausschüsse auszubezahlen.

(3) Der Wohnungsunterstützungszuschuss im Sinne des § 1 der Verordnung Wohnungsunterstützungszuschüsse und Wohnungsbeiträge (gemäß § 64 OdgA; Abl. Nr. 223/2008) beträgt € 460,— pro Monat. Für den Fall einer erforderlichen Selbstanmietung kann ein höherer Betrag zwischen dem geistlichen Amtsträger oder der geistlichen Amtsträgerin und der zur Auszahlung verpflichteten Stelle bis zu € 920,— vereinbart werden.

4. Wartestandsbezug

§ 14

(1) Dem geistlichen Amtsträger und der geistlichen Amtsträgerin im Wartestand gebührt für die auf die rechtskräftige Versetzung in den Wartestand folgenden drei Monate das volle Gehalt. Er oder sie verliert jedoch einen etwa bestehenden Anspruch auf eine Dienstwohnung.

(2) Bei Vorliegen besonders zu berücksichtigender Umstände kann der Oberkirchenrat A. B. oder H. B. die Frist gemäß Abs 1 bis zu einem Jahr verlängern.

(3) In den Fällen der Art 64 Abs 2, 91 Abs 3 und 93 Abs 6 der Kirchenverfassung ist auf Antrag des betreffenden geistlichen Amtsträgers oder der betreffenden geistlichen Amtsträgerin die Frist bis zu einem Jahr zu verlängern.

(4) Der Wartestandsbezug beträgt 80 Prozent des Grundgehaltes.

(5) Die Kinderzulage und die Ausbildungsbeihilfe werden, solange die Voraussetzungen dafür gegeben sind, im vollen Ausmaß ausbezahlt.

(6) Auslagenersätze gemäß § 13 werden mit dem Zeitpunkt der Versetzung in den Wartestand eingestellt.

(7) Ein geistlicher Amtsträger oder eine geistliche Amtsträgerin, der oder die gemäß § 69 Abs 3 Ordnung des geistlichen Amtes in den Wartestand versetzt worden ist, erhält keinen Wartestandsbezug.

5. Auszahlung der Bezüge

§ 15

Das Gehalt gemäß §§ 4, 5 und 6 sowie die Zulagen gemäß §§ 7 bis 12 und der Auslagenersatz gemäß § 13 sind monatlich im Nachhinein auszuzahlen. Bei geistlichen Amtsträgern oder Amtsträgerinnen der Evangelischen Kirche A. B. und der Evangelischen Kirche H. B., die im August 1996 auf Grund der Umstellung der Auszahlung der Bezüge zum Monatsletzten eine Nettovorschusszahlung erhalten haben, wird diese bei Austritt bzw. bei Beendigung des aktiven Dienstes in Abzug gebracht.

6. Bezugsänderungen

§ 16

(1) Bezugsänderungen werden mit dem Ersten desjenigen Monats wirksam, der der bezugsändernden Tatsache folgt. Allfällige Übergüsse, welche durch eine verspätete Anzeige entstanden sind, hat die bezugsauszahlende Stelle im Abzugswege einzubringen.

(2) Soweit die Bezugsänderung der Auszahlungsstelle nachgewiesen wird, sind verspätete Anträge, Anzeigen u. ä. im Rahmen der allgemeinen Verjährungsfrist von drei Jahren zu berücksichtigen. Dabei wird auf jenen Monat abgestellt, in welchem die Voraussetzung für den Anspruch erfüllt wurde bzw. die bezugsändernde Tatsache (§ 9) vorlag. In gleicher Weise werden Übergüsse im Rahmen der allgemeinen Verjährungsfrist von drei Jahren behandelt.

7. Fortzahlung des Entgelts bei Dienstverhinderung

§ 17

Bei angezeigtem oder nachgewiesenem Eintritt folgender Ereignisse besteht Anspruch auf Fortzahlung des Entgeltes:

bei eigener Eheschließung bzw. bei
Verpartnerung nach EPG

3 Arbeitstage

bei Eheschließung bzw. Verpartnerung der Geschwister	1 Arbeitstag (und zwar jener, auf den die kirchliche oder standesamtliche Trauung fällt)
bei Eheschließung bzw. Verpartnerung eigener Kinder	1 Arbeitstag
bei Geburt eines eigenen Kindes	3 Arbeitstage
beim Tod des Ehegatten/der Ehegattin bzw. des/der eingetragenen Partners/ Partnerin nach EPG oder einer im gemeinsamen Haushalt lebenden Person	3 Arbeitstage
beim Tod der Eltern	2 Arbeitstage
beim Tod des eigenen Kindes, auch wenn das Kind mit dem Dienst- nehmer oder der Dienstnehmerin nicht im gemeinsamen Haushalt gelebt hat,	3 Arbeitstage
beim Tod von Geschwistern, Schwieger- und Großeltern	1 Arbeitstag (und zwar jener, auf den das Begräbnis fällt)
bei Wechsel der Hauptwohnung (Mit- telpunkt des Lebensinteresses), wenn ein eigener Haushalt geführt wird	2 Arbeitstage

Erfolgen diese Ereignisse außerhalb des Wohnortes des geistlichen Amtsträgers oder der geistlichen Amtsträgerin, so ist für die Hin- und Rückfahrt die erforderliche Freizeit — in der Regel bis zu einem Arbeitstag — zusätzlich zu gewähren.

8. Erlöschen und Ruhen des Gehaltsanspruches

§ 18

- (1) Der Anspruch auf das Gehalt erlischt:
 1. mit dem Tode;
 2. mit dem Verlust des geistlichen Amtes;
 3. mit Beendigung des Dienstverhältnisses.
- (2) Der Anspruch auf das Gehalt ruht:
 1. bei vereinbarter Karenz für die Dauer des Karenzurlaubes; Karenzzeiten bis zu zwei Jahren im Laufe der gesamten Dienstzeit sind für die Vorrückung anzurechnen.
 2. solange der geistliche Amtsträger oder die geistliche Amtsträgerin eine nicht genehmigte Berufstätigkeit ausübt.

9. Abfertigungsanspruch

§ 19

(1) Für Ansprüche geistlicher Amtsträger oder Amtsträgerinnen auf Abfertigung gelten § 23 und § 23 a Angestelltengesetz (AngG), jedoch mit Ausnahme des § 23 Abs 2.

(2) Für alle geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen, die ab und nach dem 1. Jänner 2003 erstmals in den

kirchlichen Dienst getreten sind bzw. das Dienstverhältnis begonnen haben, gelten die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere das betriebliche Mitarbeitervorsorgegesetz.

(3) Abfertigungen von Schulbehörden oder sonstigen Schulerhaltern sowie Leistungen aus der Mitarbeitervorsorge aus Dienstverhältnissen mit Schulbehörden oder sonstigen Schulerhaltern sind an den kirchlichen Dienstgeber oder an die kirchliche Dienstgeberin abzuführen. Ausgenommen hiervon sind Dienstverhältnisse mit der Evangelischen Kirche in Österreich, die ab bzw. nach dem 1. Jänner 2003 abgeschlossen wurden, während das Dienstverhältnis mit der Schulbehörde schon vor dem 1. Jänner 2003 begonnen hat und fort dauert. In einem solchen Fall erhalten letztere jene Abfertigung abzüglich eines allfälligen Kostenersatzes, der als Beitrag angefallen wäre, wenn die beiden Dienstverhältnisse gleichzeitig begonnen hätten.

(4) Endet das Dienstverhältnis, weil der geistliche Amtsträger oder die geistliche Amtsträgerin über eigenen Wunsch in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis übernommen wird oder wurde, gilt das Dienstverhältnis als über Wunsch des Dienstnehmers bzw. der Dienstnehmerin aufgelöst und es besteht kein Abfertigungsanspruch.

(5) Wird das Dienstverhältnis über den Zeitpunkt hinaus fortgesetzt, ab dem ein Anspruch auf die Alterspension nach ASVG gegeben wäre, mindestens jedoch nach Vollendung des 65. Lebensjahres, erhöht sich der gesetzliche Abfertigungsanspruch pro Jahr um ein halbes Monatsgehalt. Wird das Dienstverhältnis für einen kürzeren Zeitraum als ein Jahr fortgesetzt, erhöht sich der gesetzliche Abfertigungsanspruch aliquot.

(6) Die Hälfte der Abfertigung wird binnen acht Tagen nach Beendigung des Dienstverhältnisses, die zweite Hälfte einschließlich allfälliger Sonderzahlungen in gleichen monatlichen Raten innerhalb des Abfertigungszeitraumes ausgezahlt. Während des Abfertigungszeitraumes ruht die kirchliche Zuschusspension (für geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen im System der Abfertigung „alt“). Der Abfertigungszeitraum ist die Anzahl der Monate, die sich aus § 23 Abs 1 AngG und § 19 Abs 5 dieses Kollektivvertrages je nach Dauer des Dienstverhältnisses als Vielfaches der Entgelts ergeben.

10. Zusatzkrankenfürsorge

§ 20

(1) Die in einem Dienstverhältnis zur Evangelischen Kirche in Österreich stehenden geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen, Lehrvikare und Lehrvikarinnen, Pfarramtskandidaten und Pfarramtskandidatinnen sind für die Dauer des Dienstverhältnisses Mitglieder der kirchlichen Zusatzkrankenfürsorge. Aus dieser Mitgliedschaft entsteht die Anspruchsberechtigung auf Leistungen der Zusatzkrankenfürsorge auch für deren Ehegatten bzw. eingetragenen Lebenspartnern (EPG), sofern diese nicht selbst Mitglieder der Zusatzkrankenfürsorge sind, sowie für deren unterhaltsberechtigten Kinder. Die Anspruchsberechtigung gemäß Zusatzkrankenfürsorge besteht auch im Ruhestand, solange ein Anspruch auf Pensionsleistung aus dem Kollektivvertrag besteht, sowie für Witwen oder Witwer, für Waisen sowie für Hinterbliebene eingetragener Partnerschaften (EPG).

(2) Mit dem erstmaligen Antritt eines Dienstverhältnisses zur Evangelischen Kirche in Österreich vor Vollendung des 40. Lebensjahres besteht ein voller Anspruch auf die Leistungen der Zusatzkrankenfürsorge entsprechend dem Leistungskatalog. Im Falle des Dienstantritts nach Vollendung des 40. Lebensjahres hat der Dienstnehmer/die Dienstnehmerin die Möglichkeit, zwischen einem Abschlag auf die Leistungen der Zusatzkrankenfürsorge oder einer Ausgleichzahlung zu wählen.

- a) Für jedes beim Dienstantritt über das 40. hinaus vollendete Lebensjahr werden 5,04% Abschlag wirksam. Die Ermittlung des summierten Abschlages in Prozent erfolgt auf Monatsbasis (0,42% pro Monat). Der Abschlag wirkt auf alle Leistungen der Zusatzkrankenfürsorge, auch für die gemäß Abs 1 anspruchsberechtigten Personen, und zwar dauerhaft bis zum Verlust der Mitgliedschaft.
- b) Bei Wahl der Ausgleichzahlung erfolgt die Ausgleichzahlung in Höhe von € 567,50 für jedes beim Dienstantritt über das 40. hinaus vollendete Lebensjahr; es entsteht ein voller Anspruch auf Leistungen der Zusatzkrankenfürsorge. Die Ausgleichzahlung wird auf Monatsbasis (€ 47,30 pro Monat) berechnet.
- c) Sowohl der Abschlag als auch die Höhe der Ausgleichzahlung werden alle drei Jahre überprüft und gegebenenfalls angepasst.

(3) Durch Beendigung des Dienstverhältnisses zur Evangelischen Kirche in Österreich, ausgenommen im Falle des Pensionsantrittes gemäß Abs 9, endet auch die Mitgliedschaft dieses Dienstnehmers oder dieser Dienstnehmerin in der Zusatzkrankenfürsorge. Mit der Wiederaufnahme eines Dienstverhältnisses zur Evangelischen Kirche in Österreich entsteht erneut eine Mitgliedschaft in der Zusatzkrankenfürsorge. Geschieht dies nach Vollendung des 40. Lebensjahres werden — entsprechend Abs 2 — entweder Abschläge wirksam oder es werden Ausgleichzahlungen abhängig von der Dauer der Unterbrechung der Mitgliedschaft vorgesehen, berechnet auf Basis der Unterbrechung, die nach dem vollendeten 40. Lebensjahr eingetreten ist.

(4) Wird die Gehaltszahlung an Mitglieder der Zusatzkrankenfürsorge im Fall von Karenzierungen oder Freistellungen auf die ein allgemeiner gesetzlicher Anspruch (z. B. Elternkarenz) oder ein kirchenrechtlicher Anspruch (z. B. Bildungskarenz) besteht, unterbrochen, bleibt der volle Leistungsanspruch aufrecht. Wird die Gehaltszahlung im Fall von frei vereinbarten Freistellungen bzw. unbezahltem Urlaub in einem Durchrechnungszeitraum von fünf Jahren mehr als sechs Monate unterbrochen, endet die Mitgliedschaft in der Zusatzkrankenfürsorge. Mit Wiederaufnahme der entgeltlichen Tätigkeit entsteht erneut eine Mitgliedschaft in der Zusatzkrankenfürsorge. In diesem Fall werden — entsprechend Abs 2 — entweder Abschläge wirksam oder es werden Ausgleichzahlungen vorgesehen, abhängig von der über die sechs Monate hinausgehenden Dauer der Unterbrechung der Mitgliedschaft im Durchrechnungszeitraum, berechnet auf Basis der Unterbrechung, die nach dem vollendeten 40. Lebensjahr eingetreten ist.

(5) Die Zusatzkrankenfürsorge erbringt die im Leistungskatalog aufgeführten Leistungen.

(6) Der Leistungskatalog wird vom VEPPÖ-Vorstand nach Rücksprache mit dem Oberkirchenrat A. und H. B. festgelegt und als Anhang zum Kollektivvertrag veröffentlicht.

(7) Ist für eine Leistung der zuständige Sozialversicherungsträger nach ASVG in Anspruch zu nehmen und leistungspflichtig, so ist vor Inanspruchnahme der Zusatzkrankenfürsorge die Leistung beim Sozialversicherungsträger zu beantragen und ihre Gewährung oder Nichtgewährung für Zwecke der Zusatzkrankenfürsorge nachzuweisen. Ohne dieses Vorgehen erbringt die Zusatzkrankenfürsorge keine Leistung.

(8) Die Entscheidung betreffend Zahlungen über die im Leistungskatalog der Zusatzkrankenfürsorge festgelegten Leistungen hinaus übertragen die Kollektivvertragspartner einer vierköpfigen Gemischten Kommission, die im Verhältnis 1 : 1 von jedem Kollektivvertragspartner zu besetzt ist.

(9) a) Geistliche Amtsträger oder Amtsträgerinnen im Ruhestand haben ihre Zugehörigkeit zur Zusatzkrankenfürsorge zu erklären. Der Beitrag zur Zusatzkrankenfürsorge beträgt 2% des jährlichen Ruhegehalts, jedoch mindestens € 892,10 im Jahr 2013. Der Betrag erhöht sich jährlich zum 1. Jänner um jeweils 2%. Bei einem Austritt ist ein erneuter Eintritt nicht mehr möglich.

b) Der Jahresbeitrag zur Zusatzkrankenfürsorge für Witwen oder Witwer bzw. Hinterbliebene nach EPG beträgt 2% des jährlichen Ruhegehalts, jedoch mindestens 60% des Betrages gemäß Z a im Jahr 2011.

Der Jahresbetrag beträgt in den Folgejahren

2012 mindestens 68% der Z a

2013 mindestens 76% der Z a

2014 mindestens 84% der Z a

2015 mindestens 92% der Z a

ab 2016 sodann 100% der Z a

c) Der Jahresbeitrag gemäß Z a bzw. Z b darf nicht höher als 2% der Gehaltsstufe 8 des Gehaltschemas „neu“ betragen.

d) Die Bezieher und Bezieherinnen einer Waisenkasse sind in der Zusatzkrankenfürsorge beitragsfrei versichert.

(10) Die Regelung des Abs 1 2. Satz tritt rückwirkend mit 1. Jänner 2011 in Kraft.

Teil II

Pensionsregelungen

§ 21

Grundsatzbestimmung

(1) Die folgenden Bestimmungen des Abschnittes A des Teils II des Kollektivvertrages gelten für alle geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen, die vor dem 1. Jänner 1998 in ein definitives Dienstverhältnis aufgenommen oder übernommen worden sind, ausgenommen jene Personen,

die von den Regelungen des Abs 3 erfasst sind. Für alle Ansprüche geistlicher Amtsträger und Amtsträgerinnen gilt hinsichtlich der kirchlichen Zuschusspension ausdrücklich der Vorbehalt, dass die Verpflichtung zur Leistung dann ganz oder teilweise entfällt, wenn sich die Wirtschaftslage des kirchlichen Dienstgebers/der kirchlichen Dienstgeberin derart verschlechtert hat, dass ihm oder ihr die Erfüllung dieser Verpflichtung zum Teil oder zur Gänze billigerweise nicht zugemutet werden kann.

(2) Jeder geistliche Amtsträger und jede geistliche Amtsträgerin gemäß Abschnitt A hat monatlich 1,5 Prozent der in den Vereinbarungen über eine Mitgliedschaft beim Pensionsinstitut der Linz AG der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich und der Evangelischen Kirche H. B. in Österreich vom 10. September 2013 definierten Beitragsgrundlage an das Pensionsinstitut der Linz AG, 4021 Linz, Wiener Straße 151, zu leisten. Von der Kirche A. B. und der Kirche H. B. werden 6 Prozent der in diesen Vereinbarungen definierten Beitragsgrundlage an das Pensionsinstitut abgeführt. Die Leistungen der Kirche A. B. und der Kirche H. B. an das Pensionsinstitut werden auf das Ruhegehalt gemäß § 23 angerechnet. Die Satzung des Pensionsinstituts bildet einen Bestandteil dieses Kollektivvertrages.

(3) Für alle geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen, die nach dem 1. Jänner 1998 in ein Dienstverhältnis aufgenommen oder übernommen worden sind oder für die das neue Gehaltsschema gilt, finden die Bestimmungen des Abschnittes B des Teils II dieses Kollektivvertrages Anwendung.

(4) Ab 1. Jänner 2014 leistet der Dienstgeber einen im Sinne der Satzung des Pensionsinstituts „freiwilligen“ Beitrag in Höhe von 0,21% der in den in Abs. 2 genannten Vereinbarungen definierten Beitragsgrundlage an das Pensionsinstitut. Die aus diesen freiwilligen Beiträgen entstehenden Anwartschaften stehen den DienstnehmerInnen zu.

Abschnitt A

1. Die Anspruchsberechtigung

§ 22

(1) Nach Vollendung einer für das Ruhegehalt anzurechnenden Dienstzeit von zehn Jahren hat ein geistlicher Amtsträger und eine geistliche Amtsträgerin im Fall der Beendigung des Dienstverhältnisses Anspruch auf Ruhegehalt. Für das Ruhegehalt anzurechnende Dienstzeiten sind all jene Zeiträume, in denen der geistliche Amtsträger oder die geistliche Amtsträgerin oder der Dienstgeber oder die Dienstgeberin Beiträge an die kirchliche Pensionsvorsorgekasse geleistet hat oder ihm bzw. ihr Überweisungsbeträge nach bundesrechtlichen Vorschriften oder von anderen Evangelischen Kirchen des Auslandes zugekommen sind. Einen geistlichen Amtsträger oder einer geistlichen Amtsträgerin in Ruhe stehen die Kinderzulage und die Ausbildungsbeihilfe gemäß § 7 sinngemäß zu, sofern die Bedingungen für die Gewährung dieser Zulagen vorliegen.

(2) Vor Vollendung von zehn anrechenbaren Dienstjahren haben die geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen nur dann Anspruch auf Ruhegehalt, wenn sie wegen einer

in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit zugezogenen Krankheit dauernd dienstunfähig geworden sind und die Dienstunfähigkeit vom Sozialversicherungsträger festgestellt wurde. Das Ruhegehalt ist in diesem Falle so zu bemessen, als ob sie zehn anrechenbare Dienstjahre zurückgelegt hätten.

(3) Jeder geistliche Amtsträger und jede geistliche Amtsträgerin kann bis zur Zuerkennung der Zuschusspension die Rückzahlung von bereits geleisteten Beträgen ohne Anrechnung von Zinsen verlangen.

(4) Wird ein geistlicher Amtsträger oder eine geistliche Amtsträgerin infolge eines in Ausübung seines oder ihres Dienstes erlittenen, mit ihm in unmittelbarem Zusammenhang stehenden und ohne sein Verschulden eingetretenen Unfalles (Dienstunfall) dienstunfähig, so werden ihm bzw. ihr zu seiner oder ihrer anrechenbaren Dienstzeit zehn Jahre für die Bemessung des Ruhegehalts unter den nachstehenden Voraussetzungen zugerechnet:

1. Es muss durch eine vom Sozialversicherungsträger durchgeführte amtsärztliche Untersuchung nachgewiesen sein, dass die Dienstunfähigkeit ausschließlich auf den Dienstunfall zurückzuführen ist;
2. die Dienstunfähigkeit muss innerhalb eines Jahres nach dem Unfall eingetreten sein;
3. der Anspruch auf die begünstigende Ruhegehaltsberechnung muss innerhalb eines Jahres nach Eintritt der Dienstunfähigkeit beim Oberkirchenrat A. B. oder beim Oberkirchenrat H. B. geltend gemacht werden.

(5) Geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen, die ihr Amt freiwillig niederlegen, um einen freien kirchlichen Dienst zu übernehmen, bleibt der Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung gewahrt, wenn sie oder ihr Dienstgeber oder beide gemeinsam einen monatlichen Pensionsbeitrag von zehn Prozent des jeweiligen Bruttohöchstgehaltes eines geistlichen Amtsträgers und einer geistlichen Amtsträgerin (Gehaltsschema „alt“) ohne Kinderzulage und Ausbildungsbeihilfe leisten, wobei die errechneten Beträge auf den nächsthöheren durch fünf teilbaren Betrag aufzurunden sind. Der Anspruch erlischt mit der Nichtzahlung des Pensionsbeitrages durch mindestens sechs Monate, wenn einer schriftlichen Mahnung des Oberkirchenrates A. B. bzw. des Oberkirchenrates H. B. durch eingeschriebenen Brief nicht innerhalb von 30 Tagen Folge geleistet wird und wenn der Oberkirchenrat A. B. bzw. der Oberkirchenrat H. B. das Erlöschen der Ansprüche festgestellt hat. Bei Erlöschen des Anspruches sind die bereits geleisteten Beiträge unverzinst zurückzuzahlen.

2. Die Höhe des Ruhegehalts

§ 23

(1) Das Ruhegehalt beträgt bei zehn anrechenbaren Dienstjahren 52% der ruhegehaltstfähigen Geldbezüge und erhöht sich mit der Zurücklegung je eines weiteren Jahres um 1,5%, jedoch höchstens auf 80%. Der Höchstbetrag des Ruhegehalts gemäß Abs. 10 lit. c ist anzuwenden.

(2) Grundlage für die Bemessung des Ruhegehalts ist die jeweils letzte Gehaltsstufe, die der geistliche Amtsträger bzw. die geistliche Amtsträgerin erreichte. Die Bemessung

sungsgrundlage ist ab dem Jahr 2002 mit einem Faktor von 1,01 zu vervielfachen.

(3) Für geistliche Amtsträger und Amtsträgerinnen, die während ihres Dienstverhältnisses zur Evangelischen Kirche A. B. oder zur Evangelischen Kirche H. B. teilzeitbeschäftigt waren, ist für die Berechnung der Höhe des Ruhegehaltes das Verhältnis der Gehaltssumme bei Vollbeschäftigung zur Gehaltssumme auf Grund der tatsächlichen Beschäftigungszeiten und der tatsächlichen Vorrückungen heranzuziehen. Dieser Berechnung ist die zum Zeitpunkt der Beendigung des Dienstverhältnisses geltende Gehaltstabelle zugrunde zu legen. Der auf Grund der Berechnung nach Abs. 1 ermittelte Hundertsatz ist durch die Verhältniszahl der Gehaltssummen zu dividieren.

(4) Selbstständige oder unselbstständige Erwerbseinkünfte, Pensionen oder sonstige Leistungen Dritter, die aus Zeiten resultieren, die auf die ruhegehaltstfähige Dienstzeit angerechnet wurden, sind auf das Ruhegehalt anzurechnen.

(5) Auf das Ruhegehalt sind weiters Pensionen oder sonstige Leistungen Dritter anzurechnen, die der geistliche Amtsträger und die geistliche Amtsträgerin für jene Zeiten seiner bzw. ihrer Pensionsversicherung erhalten, bei denen dieser Pensionsversicherungsbeitrag auf den kirchlichen Pensionsvorsorgebeitrag des geistlichen Amtsträgers bzw. der geistlichen Amtsträgerin angerechnet wurde.

(6) Der Zuschuss errechnet sich aus der Differenz zwischen Ruhegehalt und den Leistungen Dritter gemäß Abs. 4 und 5.

(7) Liegt der Pensionsstichtag vor dem 65. Geburtstag des geistlichen Amtsträgers oder der geistlichen Amtsträgerin, so ist die Zuschussleistung nach Abs. 6 mit dem Abschlagsfaktor bei Berufsunfähigkeit oder Frühpensionierung zu vermindern. Der Frühpensions- bzw. Berufsunfähigkeitsabschlagsfaktor beträgt 0,417% für jeden vollen Monat, der zwischen dem Pensionsstichtag und dem 65. Geburtstag liegt. Dieser Abschlagsfaktor darf maximal 25% betragen.

(8) Liegt der Pensionsstichtag vor dem 60. Geburtstag des geistlichen Amtsträgers und der geistlichen Amtsträgerin, so ist der Abschlagsfaktor gemäß Abs. 7 für jeden vollen Monat, der zwischen dem Pensionsstichtag und dem 60. Geburtstag liegt, um 0,417% zu kürzen. Diese Reduktion darf nicht geringer als Null Prozent sein.

(9) Die Bestimmungen der Abs. 7 und 8 gelten nicht in den Fällen des § 22 Abs. 4 und im Falle des Todes während des aktiven Dienstes.

(10)

- a) Das kirchliche Ruhegehalt wird grundsätzlich mit dem Anpassungsfaktor gemäß § 108 ASVG angepasst.
- b) Die Anpassung des kirchlichen Ruhegehaltes in einem Jahr erfolgt jedoch nur in dem Ausmaß, als die Summe aus kirchlicher Zuschusspension und Eigenpension nach dem ASVG in diesem Jahr nicht höher als der Höchstbetrag gemäß lit c) ist. Dabei ist die Hinterbliebenenpension geistlicher Amtsträger oder Amtsträgerinnen in Ruhe aus dem ASVG nicht einzurechnen.

c) Der Höchstbetrag des Ruhegehaltes beträgt für 2012 für geistliche Amtsträgerinnen und Amtsträger der Evangelischen Kirche A. B. 3.256,24 €, für geistliche Amtsträgerinnen und Amtsträger der Evangelischen Kirche H. B. 3.281,29 €. Der Höchstbetrag wird jährlich mit dem Anpassungsfaktor gemäß § 108 ASVG multipliziert mit der Finanzierungsquote gemäß lit d) angepasst.¹

d) Die Finanzierungsquote wird berechnet
Refinanzierungsquote + (1 – Refinanzierungsquote) * Vermögensdeckungsquote.

Die Quoten werden auf 3 Nachkommastellen berechnet.

- Die Refinanzierungsquote entspricht der vom Aktuar bei der gutachtlichen Ermittlung der Pensionsrückstellungen für die Jahresabschlüsse der Evangelischen Kirche A. B. und der Evangelischen Kirche H. B. für die Eigenpensionen der pensionierten Amtsträgerinnen und Amtsträger festgestellten Refinanzierungsquote.²

- Die Vermögensdeckungsquote wird ermittelt durch Division des Vermögens der Pensionszuschuss- und Unterstützungsfonds A. B. und H. B. (§ 2 der Durchführungsrichtlinie zu den Pensionszuschuss- und Unterstützungsfonds) durch die vom Aktuar gutachtlich ermittelten Pensionsrückstellungen A. B. und H. B.³

Die Refinanzierungsquote und die Vermögensdeckungsquote sind anhand der der Anpassung des Höchstbetrags unmittelbar vorhergehenden Jahresabschlüsse zu ermitteln.⁴

Ungeachtet der vorgenannten Berechnungsmodalität beträgt die Finanzierungsquote mindestens 0,800 und höchstens 1,000.

- e) Falls vom Gesetzgeber anstelle oder zusätzlich zum Anpassungsfaktor gemäß § 108 ASVG Pensionsanpassungen in Form von Geldbeträgen beschlossen werden, sind die Geldbeträge, wenn sie 0,5% des letztgültigen Höchstbetrags des Ruhegehaltes überschreiten, bei der Anpassung des Ruhegehaltes zur Gänze und bei der Anpassung des Höchstbetrags des Ruhegehaltes multipliziert mit der Finanzierungsquote zu berücksichtigen. Wenn solche Geldbeträge im Sozialversicherungsrecht nur für ein Jahr oder einzelne Jahre gewährt werden, haben sich diese auf das Ruhegehalt und den Höchstbetrag nur in diesem Jahr bzw. diesen Jahren auszuwirken.
- f) Die Anpassung des kirchlichen Bezuges für Witwen, Witwer oder Hinterbliebene nach EPG in einem Jahr

¹ Wenn der Anpassungsfaktor gemäß § 108 ASVG von 2012 auf 2013 beispielsweise 2,0% wäre, würde der Höchstbetrag A. B. 2012 von 3.256,24 € * (1 + 2,0% * 0,855) = 3.311,92 € für 2013 erhöht werden, der Höchstbetrag H. B. für 2013 wäre 3.304,35 €.

² Die Refinanzierungsquote betrug für die Jahresabschlüsse 2011 0,766.

³ Die Vermögensdeckungsquote betrug auf Grund der Jahresabschlüsse 2011 0,380.

⁴ So werden für die Anpassung des Höchstbetrags von 2012 auf 2013 die Refinanzierungsquote und die Vermögensdeckungsquote anhand der Jahresabschlüsse 2011 ermittelt. Für die Anpassung des Höchstbetrags von 2012 auf 2013 beträgt die Finanzierungsquote $0,766 + (1 - 0,766) * 0,380 = 0,855$.

erfolgt nur in dem Ausmaß, als die Summe aus dem kirchlichen und dem ASVG-Bezug — sofern dieser ASVG-Witwen-Witwerbezug auf Grund einer Eigenpension des geistlichen Amtsträgers und der geistlichen Amtsträgerin gebührt — in diesem Jahr nicht höher als

- bei Witwen, Witwer 60%
- bei Vollwaisen 40% und
- bei Halbwaisen 25%

des Höchstbetrags des Ruhegehaltes gemäß lit c) ist. Dabei sind die Eigenpensionen aus dem ASVG von Hinterbliebenen geistlicher Amtsträger oder Amtsträgerinnen nicht einzurechnen.

§ 23 a

Die „Durchführungsrichtlinie zu den Pensionszuschuss- und Unterstützungsfonds der Evangelischen Kirchen A. B. und H. B. (PZUF) gemäß § 80 Abs. 1 OdgA“ (Amtsblatt 176/2012 in der jeweiligen Fassung) kann, abgesehen vom zugrundeliegenden und notwendigen Beschluss des Oberkirchenrates A. B. bzw. H. B. mit Zustimmung des Finanzausschusses A. B. bzw. H. B., gemäß § 6 dieser Durchführungsrichtlinie („Änderung der Ordnung und Auflösung der PZUF“) nur mit Zustimmung des Kollektivvertragspartners aufgehoben oder abgeändert werden.⁵

Die Hinterbliebenenversorgung

Die Hinterbliebenenversorgung ergibt sich aus den nachfolgenden Bestimmungen für Witwen oder Witwer, für Waisen und für Hinterbliebene einer eingetragenen Partnerschaft.

1. Die Anspruchsberechtigung

§ 24

(1) 1. Witwen oder Witwer geistlicher Amtsträger und geistlicher Amtsträgerinnen haben Anspruch auf einen Witwen- bzw. Witwerbezug, sofern die Ehe vor der Beendigung des Dienstverhältnisses geschlossen wurde, und zwar unter der Bedingung, dass die Ehe mindestens zwei Jahre vor dem Tode des geistlichen Amtsträgers und der geistlichen Amtsträgerin geschlossen wurde, und falls die Eheschließung nach dem 50. Lebensjahr des geistlichen Amtsträgers und der geistlichen Amtsträgerin erfolgte, der Altersunterschied zwischen den Ehegatten nicht mehr als

⁵ Zur Verdeutlichung und Klarstellung wird auf § 6 der genannten Durchführungsrichtlinie verwiesen, sodass der Konnex hergestellt ist und durch diese neu eingefügte Bestimmung des § 23 a Kollektivvertrag die Umsetzung im Kollektivvertrag vorliegt. § 6 der Durchführungsrichtlinie, „Änderung der Ordnung und Auflösung der PZUF“ lautet:

(1) Änderungen dieser Ordnung und Beschlüsse über die Auflösung eines PZUF bedürfen eines Beschlusses des Oberkirchenrats A. B. bzw. H. B. und der Zustimmung des Finanzausschusses A. B. bzw. H. B. Allfällige weitere Zustimmungserfordernisse z. B. im Kollektivvertrag sind zu beachten.

(2) Die Auflösung, die eine Novellierung des § 80 OdgA voraussetzt, hat den Wegfall der Sonderverwaltung der den PZUF zugeordneten Vermögen zur Folge. Die Wertpapierdepots und Bankkonten bleiben Eigentum der Evangelischen Kirche A. B. bzw. H. B.

20 Jahre beträgt. Dies gilt sinngemäß für Partnerschaften nach EPG.

2. Ohne Rücksicht auf die Dauer der Ehe wird der Witwen- bzw. Witwerbezug dann gewährt, wenn aus dieser Ehe ein Kind geboren wurde, das im Zeitpunkt des Todes des geistlichen Amtsträgers und der geistlichen Amtsträgerin am Leben gewesen ist, oder aber die Witwe zur Zeit des Todes des Ehegatten schwanger war und das nachträglich lebend geborene Kind als ehelich zu gelten hat.

3. Witwen- bzw. Witwerversorgung gebührt auf Antrag auch dem Ehegatten oder der Ehegattin, dessen oder deren Ehe mit dem in der kirchlichen Pensionsvorsorge Versicherten für nichtig erklärt, aufgehoben oder geschieden worden ist, wenn ihm oder ihr der geistliche Amtsträger bzw. die geistliche Amtsträgerin bis zur Zeit seines oder ihres Todes Unterhalt oder einen Unterhaltsbeitrag auf Grund eines gerichtlichen Urteils, eines gerichtlichen Vergleiches oder einer bei Auflösung der Ehe eingegangenen schriftlichen Verpflichtung zu leisten hatte, letztere wenn sie hinsichtlich des Datums und der Fertigung gerichtlich oder notariell beglaubigt ist. Hat die frühere Ehefrau bzw. der frühere Ehemann gegen den verstorbenen geistlichen Amtsträger bzw. die geistliche Amtsträgerin nur einen befristeten Anspruch auf Unterhaltsleistung gehabt, so besteht der Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung längstens bis zum Ablauf der Frist. Dies gilt sinngemäß für Partnerschaften nach EPG.

4. Die Hinterbliebenenversorgung darf die Unterhaltsleistung nicht übersteigen, auf die die frühere Ehefrau bzw. der frühere Ehemann gegen den verstorbenen geistlichen Amtsträger/die geistliche Amtsträgerin an seinem oder ihrem Sterbetag Anspruch gehabt hat.

5. Die Hinterbliebenenversorgung und die Versorgung des früheren Ehepartners oder der früheren Ehepartnerin dürfen zusammen jenen Betrag nicht übersteigen, auf den der verstorbene geistliche Amtsträger oder die geistliche Amtsträgerin Anspruch gehabt hat. Die Versorgung des früheren Ehepartners oder der früheren Ehepartnerin ist erforderlichenfalls entsprechend zu kürzen. Die Witwen- bzw. Witwerversorgung mehrerer früherer Ehepartner ist im gleichen Verhältnis zu kürzen.

6. Für die kirchliche Zuschusspension für Witwen und Witwer sind für die Abfertigung bei Wiederverhehlung oder das Wiederaufleben der Anwartschaft bei erneuter Witwen- oder Witwerschaft bzw. Scheidung die Bestimmungen des § 265 ASVG anzuwenden. Dies gilt sinngemäß für Partnerschaften nach EPG.

- (2) 1. Kinder eines verstorbenen geistlichen Amtsträgers und einer geistlichen Amtsträgerin haben Anspruch auf einen Waisenbezug, wenn der geistliche Amtsträger und die geistliche Amtsträgerin am Sterbetag ein Ruhegehalt bezieht oder Anspruch auf Ruhegehalt hätte.
2. Der Waisenbezug gebührt bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres.
3. Kinder, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, gebührt auf Antrag ein Waisenbezug,
 - a) wenn sie infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen oder infolge einer schweren Krankheit dauernd außerstande sind, sich ihren Unterhalt selbst zu verschaffen;

b) wenn sie in einer Schul- oder Berufsausbildung stehen oder sich einem ordentlichen Studium widmen, bis zur Beendigung der Ausbildung bzw. des Studiums, längstens jedoch bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres.

(3) Ein jährlicher Waisenbezug für minderjährige und unversorgte Waisen eines verwitweten Vikars oder einer verwitweten Vikarin, wenn sie keinerlei sonstiges Einkommen beziehen, das ihre Versorgung und Erziehung gewährleistet, kann vom Oberkirchenrat A. B. oder vom Oberkirchenrat H. B. nach freiem Ermessen festgesetzt werden.

2. Die Höhe

§ 25

(1) Der Hinterbliebenenbezug beträgt 60% der Zuschussleistung gemäß § 23 Abs. 6.

(2) Zur Vermeidung von Härtefällen kann der Evangelische Oberkirchenrat A. B. bzw. der Evangelische Oberkirchenrat H. B. den Witwen-, Witwer- und Waisenbezug von einer höheren Gehaltsstufe aus festsetzen und berechnen oder eine außerordentliche Einmalzahlung gewähren. Dies gilt sinngemäß für Partnerschaften nach EPG.

(3) Die Kinderzulage und die Ausbildungsbeihilfen werden, solange die Voraussetzungen für ihre Gewährung gegeben sind, in vollem Ausmaß ausgezahlt. Sollte eine Witwe bzw. ein Witwer die nötigen Aufwendungen für die Erziehung der aus der Ehe mit dem verstorbenen geistlichen Amtsträger/der geistlichen Amtsträgerin stammenden Kinder nicht bestreiten können, so hat der Oberkirchenrat A. B. oder der Oberkirchenrat H. B. im Einvernehmen mit dem Kirchenpresbyterium A. B. oder dem Kirchenpresbyterium H. B. für die Dauer der besonderen Bedürftigkeit eine weitere Zuwendung bis zur Höhe eines Waisenbezuges zu gewähren.

(4) Der Waisenbezug beträgt für Vollwaisen 40%, für Halbwaisen 25% des Ruhegehaltes, auf den der geistliche Amtsträger oder die geistliche Amtsträgerin im Zeitpunkt des Ablebens Anspruch hatte oder gehabt hätte.

(5) Die Gesamtsumme der Hinterbliebenenbezüge darf nicht höher sein als der Ruhebezug des geistlichen Amtsträgers oder der geistlichen Amtsträgerin. Innerhalb dieses Höchstausmaßes sind die Anteile der einzelnen Anspruchsberechtigten verhältnismäßig festzusetzen.

(6) Insoweit Pensions- oder Ruhebezüge von Dritten auf ein Ruhegehalt des geistlichen Amtsträgers und der geistlichen Amtsträgerin anrechenbar waren oder gewesen wären, trifft dies auch für Hinterbliebenenbezüge zu.

§ 26

(1) Hinsichtlich der Zuschusspension wird gemäß §§ 8 und 9 Betriebspensionsgesetz der Vorbehalt vereinbart, dass die Verpflichtung zur Leistung der Zuschusspension durch die Kirche als ehemalige Dienstgeberin dann ganz oder teilweise entfällt, wenn sich die Wirtschaftslage derart verschlechtert hat, dass die Erfüllung dieser Verpflichtung zum Teil oder zur Gänze billigerweise nicht zugemutet werden kann.

(2) Die kirchliche Zuschusspension ist der Differenzbetrag zwischen der ASVG-Pension, der Deutschen Rente und den Zahlungen (Ruhegenuss) des Pensionsinstitutes und dem nach § 23 vorliegenden Steigerungsprozentsatz bis auf höchstens 80% der Bemessungsgrundlage.

(3) Wurden Pensionszeiten individuell nachgekauft und ergibt sich dadurch ein höherer ASVG-Pensionsanspruch, so ist bei der Berechnung der kirchlichen Zuschusspension von jener ASVG-Pension auszugehen, die ohne Berücksichtigung der nachgekauften Versicherungszeiten ausbezahlt worden wäre. Bei der Berechnung des Differenzbetrages gemäß § 26 Abs. 2 Kollektivvertrag dürfen daher die sich durch den Nachkauf ergebenden höheren Pensionszahlungen nicht berücksichtigt werden.

§ 27

Verstirbt der geistliche Amtsträger oder die geistliche Amtsträgerinnen im Ruhestand unter Hinterlassung einer Witwe/eines Witwers, eines/einer eingetragenen Partners/Partnerin oder nach dem Sozialversicherungsrecht anspruchsberechtigter Kinder, die noch einen Unterhaltsanspruch gegen den Verstorbenen/die Verstorbene haben, ist für die Dauer von drei Monaten nach dem Tode des/der Betreffenden noch die volle Pension weiterzuzahlen; der jeweilige Hinterbliebenenbezug setzt erst mit dem vierten auf das Ableben folgenden Monat ein.

3. Fälligkeiten und Auszahlung der Pensionen

§ 28

(1) Die gesetzlichen Vorgaben des ASVG sind, die Auszahlung betreffend, auch bei der Auszahlung der kirchlichen Zuschusspension anzuwenden. Insbesondere die einschlägigen §§ 105 (Pensions[Renten]sonderzahlungen) und 563 Abs. 3 und 4 (Vorschussleistungen). Das analoge Vorgehen schließt verschiedene Fälligkeiten und daraus resultierende rechtliche Differenzen aus.

(2) Die Pension setzt sich aus der Pension nach den bundesgesetzlichen Regelungen, nach anderen gleichartigen internationalen Bestimmungen, insbesondere der EG-Verordnung 1408/1971, aus den Zahlungen des Pensionsinstitutes, welche aus den Beiträgen der Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen gemäß § 21 Abs. 2 (1,5%) und ab 1. Jänner 2014 zusätzlich aus den Beiträgen der Dienstgeber gemäß § 21 Abs. 4 (0,21%) resultieren, sowie der kirchlichen Zuschusspension zusammen.

(3) Die Pension ist monatlich im Nachhinein fällig. Im April und September ist je eine Sonderzahlung fällig. Die Höhe der Sonderzahlung gebührt in der Höhe der für den Monat April bzw. September ausgezahlten laufenden Pension. Das Aliquotierungsprinzip entfällt. Jeder, der für April eine Pension erhält, erhält auch die April-Sonderzahlung, jeder, der für September eine Pension erhält, erhält auch die September-Sonderzahlung. Die Sonderzahlungen sind zum 30. 4. und zum 31. 10. auszuzahlen.

(4) Bei Pensionisten und Pensionistinnen der Evangelischen Kirche A. B. und der Evangelischen Kirche H. B., die im August 1996 auf Grund der Umstellung der Zahlungen zum Monatsletzten eine Nettovorschusszahlung erhalten haben, gilt diese Nettovorschusszahlung als für den

Sterbemonat erbrachte Leistung. Sie wird im Sterbemonat versteuert.

(5) Bezieher oder Bezieherinnen einer Hinterbliebenenpension als Rechtsnachfolger oder Rechtsnachfolgerinnen eines Pensionisten oder einer Pensionistin, dessen oder deren Anspruch vor dem 1. Jänner 1997 anfiel, erhalten eine Vorschusszahlung in der Höhe der erstmalig zur Auszahlung gelangenden Hinterbliebenenpension, spätestens am Ersten des Kalendermonats, der dem Tod des Pensionsempfängers bzw. der Pensionsempfängerin folgt. Der § 23 ist für die Vorauszahlung außer acht zu lassen. Basis für die Vorschusszahlung ist die Hinterbliebenenpension, auf die nach diesem Zeitraum Anspruch besteht. Zu Vorschusszahlungen, die spätestens am 1. Mai oder 1. Oktober fällig sind, gebührt eine Sonderzahlung. Die Besteuerung erfolgt gemeinsam mit der ersten Pensionszahlung, entweder als laufende Leistung oder als Sonderzahlung mit festen Sätzen.

(6) Bei Pensionsfällen, die nach dem 1. Jänner 1997 eingetreten sind, gilt das Aliquotierungsprinzip, d. h., dass der auf den Tod folgende Tag der Beginn der Pensionsleistung für den Rechtsnachfolger bzw. für die Rechtsnachfolgerin ist. Hier sind keine Vorschusszahlungen zu leisten. Bei den Sonderzahlungen gilt der für den Monat April und September anfallende laufende Bezug als Basis und ist in gleicher Höhe als Sonderzahlung zum 30. 4. bzw. 31. 10. auszuzahlen.

§ 29

(1) Die von der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten und/oder der Bundesversicherungsanstalt Berlin oder anderen Sozialversicherungsträgern an geistliche Amtsträger oder Amtsträgerinnen im Ruhestand ab 1. August 1996 erbrachten oder zu erbringenden Leistungen sind auf die nach früheren kirchlichen Rechtsvorschriften zu erbringenden Leistungen anzurechnen, d. h. die kirchlichen Pensionen verringern sich betragsmäßig um jenen Betrag, den die Leistungen von Pensionsversicherungsanstalten (Sozialversicherungsträger) des Inlandes, des Auslandes und/oder ausländischer Kirchen erbringen.

(2) Erhält ein geistlicher Amtsträger bzw. eine geistliche Amtsträgerin schon vor dem 31. Juli 1996 neben den kirchlichen Pensionsbeiträgen oder geleisteter Sozialversicherungsbeiträge schon bisher eine Pension eines Sozialversicherungsträgers, ist ihm oder ihr bzw. seinen oder ihren Hinterbliebenen der durch die Neuregelung eintretende wirtschaftliche Ausfall zu ersetzen.

(3) Soweit Funktionsentschädigungen bisher als Zulagen pensionsfähig waren oder solche Zulagen bereits jetzt mit Berechnungsgrundlage der Pension wären, entfällt die Ruhegenussfähigkeit nur in dem Umfang, als aktive Dienstzeiten des geistlichen Amtsträgers und der geistlichen Amtsträgerin nach dem 1. August 1996 zurückgelegt wurden (Aliquotierungsprinzip).

(4) Die aus der Gehaltsumstellung auf Zahlung im Nachhinein resultierenden Veränderungen gelten hinsichtlich der aktuellen Dienst- und Pensionsverhältnisse mit der Maßgabe, dass die jeweils gegen Monatsende erfolgenden Gehalts-/Pensions-/Bezugsanweisungen als für den Monat der Anweisung erbracht gelten.

Abschnitt B

§ 30

(1) Die Kollektivvertragspartner vereinbaren, dass die Zuschussleistungen zur ASVG-Pension für alle nach dem 1. Jänner 1998 in ein Dienstverhältnis aufgenommenen oder übernommenen oder in das neue Gehaltsschema umgestiegenen geistlichen Amtsträger und Amtsträgerinnen, für Lehrvikare und Lehrvikarinnen, weiters für Pfarramtskandidaten und Pfarramtskandidatinnen durch Beitritt der Evangelischen Kirche A. B. und der Evangelischen Kirche H. B. zum Pensionsinstitut der Linz AG, 4021 Linz, im Folgenden kurz Pensionsinstitut, entsprechend der jeweils geltenden Satzung dieses Instituts, von diesem erbracht werden. Die Satzung des Pensionsinstituts bildet einen Bestandteil dieses Kollektivvertrages.

(2) Die Evangelische Kirche A. B. und die Evangelische Kirche H. B. verpflichten sich, zur Deckung der Leistungen des Pensionsinstituts sechs Prozent der in den in § 21 Abs. 2 genannten Vereinbarungen definierten Beitragsgrundlage des geistlichen Amtsträgers bzw. der geistlichen Amtsträgerin, des Lehrvikars bzw. Lehrvikarin, des Pfarramtskandidaten bzw. der Pfarramtskandidatin monatlich an das Pensionsinstitut zu leisten.

(3) Jeder geistliche Amtsträger bzw. jede geistliche Amtsträgerin, Lehrvikar und Lehrvikarin, Pfarramtskandidat und Pfarramtskandidatin, der bzw. die nach dem 1. Jänner 1998 in ein Dienstverhältnis zur Evangelischen Kirche A. B. bzw. zur Evangelischen Kirche H. B. aufgenommen oder übernommen worden ist, hat monatlich 1,5% der in den in § 21 Abs. 2 genannten Vereinbarungen definierten Beitragsgrundlage an das Pensionsinstitut zu leisten.

(4) Ab 1. Jänner 2014 leistet der Dienstgeber einen im Sinne der Satzung des Pensionsinstitutes „freiwilligen“ Beitrag in Höhe von 0,21% der in den in § 21 Abs. 2 genannten Vereinbarungen definierten Beitragsgrundlage an das Pensionsinstitut.

(5) Bei vorzeitigem Ausscheiden eines geistlichen Amtsträgers bzw. einer geistlichen Amtsträgerin, eines Lehrvikars oder einer Lehrvikarin, eines Pfarramtskandidaten oder einer Pfarramtskandidatin aus dem Dienst der Evangelischen Kirche in Österreich gelten für die Leistungsansprüche die betreffenden Bestimmungen der Satzung des Pensionsinstituts.

Teil III

Evangelischer Versorgungs- und Unterstützungsverein (EVU)

§ 31

Die Evangelische Kirche A. B. wird entsprechend dem Zahlungsplan in Anlage 2 zum Kollektivvertrag 2000, die Kirche H. B. gemäß Anlage 2 zum Kollektivvertrag 2002 die dort ausgewiesenen Beiträge an den Evangelischen Versorgungs- und Unterstützungsverein leisten.

Anlage 1

LEISTUNGSKATALOG DER KIRCHLICHEN ZUSATZKRANKENFÜRSORGE

Die kirchliche Zusatzkrankenfürsorge erbringt nachstehende Leistungen, wenn die Belege bei sonstigem Verfall des Anspruches bis spätestens 30. Juni des Folgejahres eingereicht werden und die Leistungsansprüche gegenüber den Sozialversicherungsträgern vorher geltend gemacht und von den eingereichten Belegen in Abzug gebracht wurden:

Selbstbehalt der Spitalkostenzusatzkrankenversicherung – Generali

Wer vor dem 1. Jänner 2009 der Gruppen-Zusatzversicherung freiwillig beigetreten ist, für den gilt:

Im Spitalsaufenthaltsfall werden für Pensionisten und Pensionistinnen und deren anspruchsberechtigte Angehörige 90%, für Aktive und deren anspruchsberechtigte Angehörige 70% des Selbstbehaltes der Spitalkostenzusatzkrankenversicherung ersetzt, jedoch höchstens € 1.450,— je Spitalsaufenthalt.

Selbstbehalt bei Krankenhausaufenthalt

Die vom Spital rückverrechnete Haushaltsersparnis, Angehörigenprozente der allgemeinen Klasse, werden zu 80% ersetzt.

Brillen

- ▶ Augengläser, Gläserfassungen und Haftschalen mit ärztlicher Verordnung werden zu 80%, jedoch zusammen höchstens mit € 550,— alle 2 Jahre pro Person ersetzt.
- ▶ Die notwendigen, nachgewiesenen Ausgaben für Reparaturen an Augengläsern, Gläserfassungen und Haftschalen werden zu 80% ersetzt, jedoch höchstens mit € 250,— pro Person und Jahr.

Zahnarztkosten

Prothesen-Neuerstellungen
80% des Selbstbehaltes, jedoch max.

- Totale Prothese € 300,—
- Kunststoffplatte € 80,—
- Metallgerüst € 450,—
- Krone € 450,—
- Vollmetall-Klammerzahnkrone € 180,—
- Zahn, Kl., Sauger bei Kat. Pl. € 5,—
- Zahn bei MG-Prothese € 10,—

Zahnärztliche Zahnimplantate

80% des Selbstbehaltes, jedoch max. € 1.400,—
max. 4 Implantate pro Person während der gesamten Versicherungszeit.

Kieferorthopädische Behandlungen

80% des Selbstbehaltes, jedoch max. € 1.200,—
wenn von der GKK befürwortet und anteilig bezahlt.

Zahnspangen werden einmal pro Person zu 80%, höchstens aber mit € 1.200,— für die gesamte kieferorthopädische Behandlung ersetzt. Darunter ist die Anschaffung und die weitergehende Behandlung, also die Verstellung der Zahnspangen zu verstehen.

Zahnersatz-Reparaturen

Reparaturen an Kunststoffprothesen
80% des Selbstbehaltes, jedoch max.

- a) Sprung, Bruch, Wiederbefestigung € 15,—
- b) Zahn oder Klammer neu € 20,—
- c) 2 Leistungen a, b od. a + b € 30,—
- d) mehr als 2 Leistungen € 40,—
- e) totale Unterfütterung, direkt/
totale Unterfütterung, indirekt € 40,—

Reparaturen an Metallgerüstprothesen
80% des Selbstbehaltes, jedoch max.

- x) Anlöten v. Retention, Klammer, Aufr. € 40,—
- y) 2 Leistungen x, y; Bügelreparatur € 50,—
- z) mehr als 2 Leistungen € 55,—

Reparaturen an kieferorthopädischen Apparaten
80% des Selbstbehaltes, jedoch max.

- 1. Sprung, Bruch, Drahtelementersatz € 18,—
- 2. Unterfütterung oder Erweiterung € 20,—
- 3. Labialbogenreparatur,
Dehnschraubenersatz € 30,—

Zahnärztliche Mundhygiene

80% des Selbstbehaltes, jedoch höchstens € 60,— pro
Jahr und Person.

Kurkostenbeitrag

- ▶ Für vom Sozialversicherungsträger bewilligte Kuren werden maximal 80% des Selbstbehaltes der Aufenthaltskosten am Kurort, jedoch pro Kur höchstens € 650,— vergütet.

Rezeptgebühr

Rezeptgebühren werden zu 80% ersetzt, wenn eine Rechnung, die den Namen der Person, auf die das Rezept ausgestellt wurde, samt der Anzahl der verordneten Rezepte und deren bezahlten Betrag bei der Verrechnungsstelle vorgelegt werden.

- ▶ Die durch Gesetz festgelegte Höhe der Rezeptgebühr zu 80%, wobei die maximale Kostenerstattung pro Person und Jahr € 400,— beträgt.
- ▶ ärztlich verschriebene Medikamente, die weniger als die durch Gesetz festgelegte Rezeptgebühr kosten, zu 80%;
- ▶ ärztlich verschriebene Medikamente und ärztlich verschriebene homöopathische Präparate, die von der GKK nicht bewilligt werden, zu 50%, wobei die maximale Kostenerstattung pro Person und Jahr € 300,— beträgt.
- ▶ Teststreifen für Diabetiker zu 80% pro Person und Jahr, maximal € 180,—.

Begräbniskostenbeitrag

- ▶ Der Begräbniskostenbeitrag beträgt beim Tode eines Mitglieds, eines seiner Familienangehörigen bzw. einer in seinem Haushalt lebenden Person höchstens € 1.500,—.
- ▶ Der Begräbniskostenbeitrag wird ausbezahlt:
 - a) beim Tode eines verheirateten Mitgliedes bzw. eines eingetragenen Partners gemäß EPG an dessen hinterbliebenen Ehegatten bzw. Partner,
 - b) beim Tode eines Witwers oder einer Witwe oder eines Waisengeldbeziehers an die Familienangehörigen, welche nachweislich für die Kosten der Bestattung aufgekommen sind,
 - c) beim Tode eines Familienangehörigen eines Mitgliedes bzw. einer in seinem Haushalt lebenden Person an das Mitglied.
 - ▶ Hinterlässt ein Mitglied keine Familienangehörigen oder keine in seinem Haushalt lebende Personen, erhalten diejenigen, welche die Begräbniskosten nachweislich bezahlt haben, den Begräbniskostenbeitrag ausbezahlt.

Unter Familienangehörigen werden Verwandte ersten Grades in gerader Linie nach oben und nach unten sowie im ersten Grad der Seitenlinie verstanden, somit Kinder, Eltern und Geschwister sowie Halbgeschwister. Unter Kindern versteht man wie in § 8 dieses Kollektivvertrages

- a) leibliche Nachkommen,
- b) Wahlkinder,
- c) Stiefkinder,
- d) Pflegekinder gemäß §§ 186 und 186 a ABGB.

Psychotherapeutische Behandlung

- ▶ Bei ärztlich verordneter Psychotherapie (therapeutische Diagnosen und Behandlungen), welche von TherapeutInnen durchgeführt wird, die nach dem österreichischen Psychotherapiegesetz zur selbstständigen Ausübung der Psychotherapie berechtigt sind, werden 80% des Selbstbehaltes, jedoch maximal € 35,— je Therapieeinheit ersetzt. Die Maximalerstattung beträgt pro Person und Jahr € 800,—.

Hinweis: Die Liste der anerkannten Therapeuten und Therapeutinnen ist auf www.psyonline.at zugänglich.

Physiotherapien

- ▶ Bei ärztlich verordneter Physiotherapie, physikalischer Therapie o. ä. werden 80% der Kosten, jedoch maximal € 30,— je Therapieeinheit vergütet. Die Maximalerstattung beträgt pro Person und Jahr € 750,—.
- ▶ Ärztlich verordnete Heilgymnastik wird zu 80%, max. € 30,— pro Einheit vergütet, aber max. € 300,— pro Person und Jahr.

Impfungen

- ▶ Impfstoff und Impfungen für FSME, Tetanus, Grippe, Hepatitis A und B, Polio und HPV sowie die

für diese Impfungen unmittelbar notwendigen Vor- und Nachuntersuchungen (z. B. Laborkosten, Titerbestimmungen) werden zu 80% ersetzt.

Hörbehelfe

- ▶ Ärztlich verordnete Hörbehelfe werden zu 80% ersetzt, maximal € 1.500,— pro Person, alle drei Jahre.
- ▶ Die notwendigen, nachgewiesenen Ausgaben für Reparaturen werden zu 80% ersetzt, jedoch höchstens € 750,— pro Person und Jahr.

Heilbehelfe

- ▶ Ärztlich verordnete Heilbehelfe werden zu 80%, max. € 200,— pro Person und Jahr vergütet.

Facharztkosten

- ▶ Fachärztliche Untersuchungen bei Gynäkologen und Urologen werden, auch wenn sie von Wahlärzten vorgenommen werden, zu 50%, höchstens aber mit € 70,— pro Ordinationsbesuch refundiert.

Außerordentliche Kosten

- ▶ In besonders begründeten Fällen kann ein Ansuchen auf Erbringung zusätzlicher Leistungen an die Gemischte Kommission gestellt werden. Eine Berufung gegen die Entscheidung dieses Gremiums ist nicht möglich.

Inkrafttreten

Der Kollektivvertrag 2013 trat bereits mit 1. Jänner 2013 in Kraft.

Der Kollektivvertrag 2013/2 tritt mit 1. Jänner 2014 in Kraft und betrifft die geänderten Bestimmungen in § 21 Abs. 2 und Abs. 4, § 23 Abs. 1, § 28 Abs. 2 und Abs. 3 sowie § 30 Abs. 1 bis Abs. 4.

Wien, am 9. Jänner 2013

Evangelische Kirche A. B. in Österreich Evangelischer Oberkirchenrat A. B.

Bischof	Oberkirchenrätin
Dr. Michael Bünker	Dr. Hannelore Reiner
Vorsitzender	Vorsitzenderstellvertreterin

Evangelische Kirche A. u. H. B. in Österreich Evangelischer Oberkirchenrat A. u. H. B.

Bischof	Landessuperintendent
Dr. Michael Bünker	Pfarrer Mag. Thomas Hennefeld
Vorsitzender	Vorsitzenderstellvertreter

**Evangelische Kirche H. B. in Österreich
Evangelischer Oberkirchenrat H. B.**

Pfarrer
Mag. Thomas Hennefeld
Landessuperintendent

Dipl.-Ing. Klaus Heußler
Wirtschaftlicher Oberkirchenrat

**Verein Evangelischer Pfarrerinnen und Pfarrer
in Österreich**

Pfarrer
Dr. Stefan Schumann
Obmann

Pfarrer
Mag. Harald Kluge
Vorstandsmitglied

Kundmachungen des Evangelischen Oberkirchenrates A. B.

40. Zl. LK 4; 431/2014 vom 6. März 2014

**Vertragsbedienstetengesetz — Gehaltsanpassung 2014;
zur Information**

Mit Bundesgesetzblatt Teil I, Nr. 8/2014, sind folgende Ansätze des Vertragsbedienstetengesetzes des Bundes geändert worden, die ab 1. März 2014 anzuwenden sind:

Vertragsbedienstete nach § 11 VBG

in der Entlohnungsstufe	a	in der Entlohnungsgruppe			e
		b	c	d	
		€			
1	2.073,5	1.650,0	1.467,8	1.409,3	1.351,0
2	2.123,1	1.688,6	1.501,3	1.435,4	1.365,7
3	2.173,3	1.727,3	1.534,7	1.461,2	1.380,2
4	2.223,4	1.766,8	1.568,0	1.487,2	1.394,9
5	2.273,4	1.808,0	1.601,4	1.513,1	1.409,3
6	2.323,7	1.850,2	1.634,6	1.538,8	1.424,2
7	2.408,2	1.895,2	1.668,1	1.564,8	1.438,8
8	2.493,3	1.940,3	1.701,3	1.590,6	1.453,4
9	2.577,9	2.003,8	1.734,6	1.616,8	1.468,0
10	2.662,0	2.068,8	1.768,3	1.642,7	1.482,8
11	2.746,7	2.153,7	1.804,1	1.668,5	1.497,4
12	2.830,6	2.239,1	1.840,5	1.694,2	1.512,2
13	2.915,2	2.324,6	1.878,2	1.720,3	1.526,5
14	2.999,9	2.409,2	1.917,0	1.746,4	1.541,2
15	3.084,2	2.493,5	1.955,7	1.772,7	1.555,8
16	3.194,5	2.578,1	1.994,7	1.800,2	1.570,6
17	3.305,7	2.663,2	2.034,2	1.828,3	1.585,2
18	3.416,9	2.747,0	2.073,5	1.856,6	1.599,8
19	3.528,1	2.832,0	2.112,9	1.887,0	1.614,6
20	3.639,6	2.915,9	2.152,1	1.917,0	1.629,2
21	—	—	2.191,5	1.947,1	1.643,7

Vertragslehrer nach § 41 VBG

(anzuwenden für hauptamtliche Kirchenmusiker entsprechend der Ordnung Amtes des Kirchenmusikers § 9 Abs. 1 und 2).

in der Entl. Stufe	1 ph	in der Entlohnungsgruppe				13
		11	12a2	12a1	12b1	
		€				
1	2.503,8	2.268,4	2.068,0	1.936,4	1.773,9	1.599,5
2	2.503,8	2.340,5	2.128,7	1.992,6	1.805,4	1.626,1
3	2.503,8	2.412,7	2.189,3	2.049,1	1.838,6	1.651,7
4	2.710,0	2.492,7	2.250,2	2.105,8	1.872,2	1.678,1

5	2.916,8	2.666,0	2.310,5	2.162,2	1.907,4	1.704,3
6	3.123,4	2.847,9	2.434,5	2.277,3	1.998,9	1.745,2
7	3.330,8	3.029,9	2.582,6	2.396,8	2.092,1	1.808,4
8	3.539,2	3.206,1	2.730,1	2.514,7	2.184,8	1.875,9
9	3.748,4	3.389,3	2.900,3	2.650,3	2.277,0	1.946,1
10	3.958,0	3.577,7	3.070,6	2.786,6	2.369,6	2.017,3
11	4.167,7	3.744,3	3.243,3	2.924,4	2.461,5	2.089,3
12	4.378,8	3.926,5	3.416,8	3.061,2	2.588,1	2.159,9
13	4.588,5	4.108,7	3.589,5	3.199,4	2.715,0	2.232,2
14	4.798,6	4.291,1	3.762,8	3.338,2	2.841,3	2.304,5
15	5.009,0	4.473,5	3.936,0	3.476,6	2.967,7	2.403,0
16	5.301,8	4.650,1	4.089,7	3.597,4	3.079,5	2.501,3
17	5.580,4	4.880,6	4.251,7	3.726,0	3.196,6	2.598,5
18	5.859,5	4.880,6	4.423,9	3.863,3	3.322,7	2.696,1
19	6.137,1	5.225,8	4.581,5	3.987,7	3.437,3	2.793,7

41. Zl. VER 77; 585/2014 vom 24. März 2014

Evangelischer Verein für ganzheitliches Lernen Ried

Mit Bescheid vom 18. Feber 2014 hat der Evangelische Oberkirchenrat A. B. dem seit 20. Dezember 2013 im Vereinsregister unter ZVR-Zahl 103140187 bestehenden Verein „Evangelischer Verein für ganzheitliches Lernen Ried“ die Führung der Namensbezeichnung „evangelisch“ gemäß Art. 88 Abs. 2 Z. 27 iVm Art. 74 Kirchenverfassung nachträglich gestattet.

42. Zl. GD 344 b; 2777/2013 vom 16. Dezember 2013

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Favoriten-Thomaskirche

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Favoriten-Thomaskirche soll ab 1. September 2014 neu besetzt werden. Die Pfarrgemeinde zählt zirka 1160 Glieder, das Gemeindegebiet umfasst die südöstlichen Teile des 10. Wiener Gemeindebezirkes.

Unser Gemeindezentrum mit Kirche wurde 1978 von Prof. Karl Schwanzer geplant und errichtet, in einem großstädtischen Gebiet mit der Per-Albin-Hansson-Siedlung als Zentrum. Kindergarten, alle Schultypen und Einkaufszentrum liegen gleichsam vor der Kirchentüre! Dennoch ist auch ein hoher Freizeitwert gegeben — Radwege, große

zusammenhängende Grünflächen umgeben das Gemeindezentrum, das Thermalbad Oberlaa ist nur wenige Minuten entfernt. Geistliches und (wein)geistiges Wohl lassen sich bei uns hervorragend verbinden — die Weingärten und die vielen Heurigen in Oberlaa sind zu Fuß leicht erreichbar. Für Kulturbeflissene (Oper, Theater, Musikverein usw.) ist die Innenstadt mit öffentlichen Verkehrsmitteln in 25 Minuten erreichbar.

Ein Pfarrhaus mit einer Dienstwohnung von 100 m² (vier Zimmer mit Nebenräume, ebenerdig, süd-west-seitig mit Terrasse in den Garten), 1988 erbaut, steht zur Verfügung, der anschließende Garten mit zirka 1500 m² kann genützt werden. Gottesdienst ist an allen Sonntagen und den hohen kirchlichen Feiertagen um jeweils 10 Uhr. Ein Team kümmert sich um den Kindergottesdienst, drei Lektoren sind in der Gemeinde tätig. Jugendklub, Mitarbeiterkreis, Frauenkreis, Jugendband und zwei Chöre bilden derzeit den Schwerpunkt unserer Aktivitäten.

Gemeindeleitung ist auch eine Managementaufgabe und so haben wir die Aufgaben in verschiedene Verantwortungsbereiche aufgeteilt und damit die Organisation klar strukturiert. Arbeitszimmer, Kanzlei mit Teilzeitkraft, moderne IT-Struktur (E-Mail, Internet, Fax, Vortrags-hilfen usw.) und zahlreiche Gemeinderäume stehen zur Verfügung.

Neben den „normalen“ Tätigkeiten (wie Religionsunterricht von acht Stunden, Gottesdienst, Konfirmationsunterricht usw.), sind uns vor allem das Setzen von Schwerpunkten auf die Kernkompetenz der Gemeinde, die Anliegen einer zukünftigen Tätigkeit, vor allem die Integration neuer Gemeindeglieder in dem Zuzugsgebiet „jenseits der Bahn“ wobei Ihnen noch reichlich Gestaltungsmöglichkeiten gegeben sind.

Sie sind dabei nicht alleine: ein dynamisches, teamorientiertes und am Wohl der Gemeinde interessiertes Presbyterium sowie zahlreiche Mitarbeiter werden Sie dabei tatkräftig unterstützen.

Wir freuen uns schon auf Ihre Bewerbung, zu richten bitte an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde Wien-Favoriten-Thomaskirche, Pichelmayergasse 2, 1100 Wien, bis 31. Mai 2014 und auf die zukünftige, gemeinsame Arbeit.

Für weitere Informationen, Unterlagen zu unseren Vorstellungen oder Strukturen steht Ihnen Kurator Michael Haberfellner, Tel. 0664-2636740, E-Mail: m.haberfellner@chello.at, gerne zur Verfügung.

43. Zl. GD 341; 444/2014 vom 10. März 2014

Ausschreibung (erste) der nicht mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Gumpendorf

Die nicht mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle wird hiermit ausgeschrieben.

Die Pfarrgemeinde hat derzeit zirka 3800 Gemeindeglieder und umfasst den 5. und 6. Gemeindebezirk sowie Teile des 12. und 15. Bezirkes von Wien. Eine weitere Pfarrstelle ist besetzt. In der Gemeinde sind drei LektorInnen

tätig. Die Tätigkeit der PfarrerInnen ist durch die Gemeindeordnung geregelt, die bei Besetzung der Pfarrstelle auch angepasst werden könnte.

Im Besonderen erwarten wir uns von unserem/r neuen PfarrerIn die Begleitung der bestehenden und der zukünftigen Kinder- und Jugendarbeit sowie der KonfirmandInnen und die Schwerpunktarbeit in dem zu unserer Gemeinde gehörenden 6. und Teile des 15. Wiener Gemeindebezirks. Das Regelausmaß von acht Religionsstunden ist zu erteilen.

Ebenso erwarten wir die Weiterführung unserer Schwerpunkte in der Gemeinde, die in der diakonischen Arbeit, Randgruppenarbeit im friedenspolitischen Bereich sowie in der interreligiösen Arbeit liegen.

Im Besonderen erwartet die Pfarrgemeinde von dieser/diesem im Rahmen der Erfüllung aller Aufgaben, die zum Dienste eines/er PfarrerIn gehören, die Bereitschaft mit den hauptamtlichen sowie allen ehrenamtlichen MitarbeiterInnen geschwisterlich zusammen zu arbeiten.

Für alle organisatorischen Belange steht die Pfarrkanzlei mit zwei Teilzeitmitarbeiterinnen zur Verfügung. Teilzeitbeschäftigt arbeitet eine Gemeindepädagogin mit Schwerpunkt Konfirmandenarbeit im Team mit.

Eine Dienstwohnung wird bereitgestellt, auch kann der Pfarrgarten mitbenutzt werden. Ein Auto kann im Kirchhof abgestellt werden.

Für weitere Anfragen steht Pfarrerin Mag. Edith Schiemel, Tel. (01) 597 34 30, 0699-188 77 727, und Kuratorin Ellen Nebenführ, Tel. (01) 597 31 25, 0699-188 77 729, gerne zur Verfügung.

Bewerbungen sind bis zum 31. Mai 2014 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Wien-Gumpendorf, Lutherplatz 1, 1060 Wien, zu richten.

Dienstantritt sollte am 1. September 2014 erfolgen.

44. Zl. GD 389; 2828/2013 vom 18. Dezember 2013

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Kirchdorf an der Krems

Die Pfarrgemeinde Kirchdorf

ist eine Diasporagemeinde im Süden von Oberösterreich zwischen Voralpenhügelland und Hochgebirge. Das Gemeindegebiet umfasst etwa 1000 km² und ist annähernd deckungsgleich mit dem politischen Bezirk Kirchdorf. Die Gesamtgemeinde hat zirka 1100 Mitglieder und gliedert sich in Muttergemeinde Kirchdorf (zirka 750 Mitglieder) und Tochtergemeinde Windischgarsten (zirka 350 Mitglieder).

Die Pfarrstelle soll mit 1. September 2014 besetzt werden.

Der Amtsauftrag umfasst:

- Gottesdienste jeweils in Kirchdorf oder Windischgarsten, gelegentlich in Hinterstoder sowie in den Altersheimen im Bezirk,
- Kasualdienste,

Weiz. Neben den Pflichtschulen gibt es in Weiz ein Gymnasium, ein Bundesschulzentrum mit Handelsakademie, höherer Technischer Bundeslehranstalt und höherer Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe. In Birkfeld befindet sich ein Oberstufengymnasium. Das Pflichtstundenausmaß beträgt vier Wochenstunden, die an den höheren Schulen zu erteilen sind.

In der Gemeinde arbeiten mit dem Pfarrer/der Pfarrerin ein aktives Presbyterium, eine Lektorin und eine interessiert teilnehmende Gemeindevertretung.

Gottesdienste finden an jedem zweiten und vierten Sonntag des Monats statt. Fallweise werden ökumenische Gottesdienste auch in anderen Orten unseres Zuständigkeitsgebietes angeboten. Unser „Kirchencafé“ im neu gestalteten Pfarrzentrum, immer im Anschluss an die Gottesdienste, zeigt die intensive Verbundenheit unserer Gottesdienstgemeinde.

Es gibt in vielen Bereichen eine gute, ökumenische Zusammenarbeit.

Wir freuen uns auf Bewerber/innen, die auch gern zu den Menschen unterwegs sind. Ihre Begeisterung an Verkündigung, Seelsorge, Begegnung mit Menschen und dem Einbringen neuer Ideen ist uns sehr willkommen. Über verschiedene Kombinationsmöglichkeiten erteilt die Superintendentur gerne Auskunft.

Die Bereitstellung einer geeigneten Wohnung in Weiz mit Berücksichtigung des Wunsches der Bewerberin bzw. des Bewerbers ist vom Presbyterium vorgesehen.

Sicherlich möchten Sie über uns und unsere Gemeinde weitere Informationen. Für Auskünfte stehen Ihnen Superintendent MMag. Hermann Miklas, Tel. 0699-18877 601, und Kuratorin Brigitte Luschnigg, Tel. 0660-7622110, gern zur Verfügung.

Wir freuen uns über Ihre Bewerbung, die Sie, bitte, bis spätestens 15. Mai 2014 an das Presbyterium der Pfarrgemeinde A. u. H. B. Weiz, Gustav-Adolf-Platz 1, 8160 Weiz, richten.

47. Zl. GD 155; 445/2014 vom 10. März 2014

Ausschreibung (dritte) der 50-%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Gleisdorf

Die Pfarrgemeinde Gleisdorf ist eine „kleine, aber feine Gemeinde“. Sie vereint die Vorzüge übersichtlicher Räume und Strukturen mit der verkehrsgünstigen Lage nahe Graz mit allen damit verbundenen Vorteilen.

Die Pfarrgemeinde Gleisdorf ist seit 14 Jahren selbstständig.

Die Pfarrstelle ist eine 50-%-Pfarrstelle, eine Erhöhung des Anstellungsausmaßes ist — falls gewünscht — durch zusätzlichen Religionsunterricht möglich.

Das bieten wir:

Die Pfarrgemeinde hat gut 500 Gemeindeglieder und umfasst im Wesentlichen den Gerichtsbezirk Gleisdorf auf einem Gebiet von zirka 310 km². Die Entfernung nach

Graz beträgt 25 km, die S-Bahn- und Busverbindungen in die Landeshauptstadt sind ausgezeichnet.

Ein engagiertes Presbyterium, zwei Lektorinnen, eine Pfarrerin im Ruhestand, zwei Religionslehrerinnen für Pflichtschulen und weitere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen freuen sich auf gute und tatkräftige Zusammenarbeit!

Gottesdienste feiern wir in unserer Gleisdorfer Christuskirche am ersten und dritten Sonntag im Monat und zu den Festtagen. Immer am fünften Sonntag im Monat finden Gottesdienste für „Klein und Groß“ statt. Dazu kommt einmal im Monat ein ökumenischer Gottesdienst im 9 km entfernten Sinabelkirchen oder eine andere ökumenische Veranstaltung.

Die Kontakte zur politischen Gemeinde Gleisdorf, zu den weiteren elf Umlandgemeinden und zu unseren r. k. Nachbarn sind gut und tragfähig.

Die Dienstwohnung (83 m²) liegt im Obergeschoss des Pfarrhauses, einem vor dreizehn Jahren umfassend renovierten Bau aus der späteren Gründerzeit, umgeben von einem großen Pfarrgarten. Im Erdgeschoss und im Keller des Hauses befindet sich das Pfarrzentrum mit je zwei Büro- und Veranstaltungsräumen. Das Pfarramt entspricht modernen Büroanforderungen, ein engagierter ehrenamtlicher Mitarbeiter steht hier zur Verfügung. Eine eigene Homepage wird zur Zeit aufgebaut, ebenso ein eigener Kirchenchor.

Die Dienstwohnung ist aus vertraglichen Gründen bis Feber 2015 vermietet — für die Zwischenzeit wird gemeinsam mit unserem zukünftigen Pfarrer oder Pfarrerin eine optimale Lösung gesucht und gefunden werden.

Das erwarten wir:

- Freude an der Verkündigung und Engagement im Miteinander-Gestalten.
- Ökumenische Offenheit.
- Inhaltliche und seelsorgerliche Begleitung unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.
- Verständnis für die Diasporasituation in der Oststeiermark.
- Religionsunterricht im Ausmaß von vier Wochenstunden im BG/BRG Gleisdorf.
- Ideen und Engagement beim Aufbau und bei der Vertiefung verschiedenster Bereiche des Gemeindelebens wie Kinder- und Jugendarbeit, Diakonie u. ä., auch und gerade in Setzung persönlicher Schwerpunkte durch unseren zukünftigen Pfarrer oder Pfarrerin.

Bewerbungen

Bitte bis 31. Mai 2014 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Gleisdorf, Dr.-Martin-Luther-Gasse 3, 8200 Gleisdorf, Tel. (03112) 2217, Fax (03112) 22175, E-Mail: evang.gleisdorf@aon.at.

Weitere Auskünfte geben gern Kurator Dipl.-Ing. Manfred Höfer, Tel. (03112) 2248, E-Mail: manfred.hoefer@inode.at, und Administrator Pfarrer Manfred Perko, Tel. 0699-188 77 652, E-Mail: manfred.perko@aon.at.

Herzlich willkommen!

48. Zl. GD 101; 459/2014 vom 13. März 2014

Ausschreibung (dritte) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Liezen-Admont

Die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Liezen-Admont, eingebettet in die wunderschöne Landschaft des unteren steirischen Ennstales, schreibt ihre 75-%-Gemeindepfarrstelle zum 1. September 2014 aus. Mit einer zusätzlichen 25-%-Lehrverpflichtung (elf Wochenstunden vorwiegend an höheren Schulen) ergibt das eine 100-%-Pfarrstelle. Unsere Pfarrgemeinde erstreckt sich über zwölf politische Gemeinden im Umkreis von etwa 50 km mit den beiden Zentren Liezen und Admont. Die Auferstehungskirche mit Pfarrhaus und frisch renoviertem Gemeindezentrum steht in Liezen, die Bekennerkirche steht in Admont, sie hat eine Küsterwohnung und einen Gemeindesaal. Die Mitgliederzahl unserer Gemeinden beläuft sich auf rund 786.

Was erwarten wir:

- Freude an der Tätigkeit,
- gewissenhafte Amtsführung,
- regelmäßige Gottesdienste an Sonn- und Feiertagen je abwechselnd in Admont und Liezen sowie Betreuung der beiden Predigtstellen in Weißenbach bei Liezen und Weißenbach an der Enns,
- monatliche Andachten in den Pflegeheimen in Liezen und Admont,
- Krankenbesuche im Landeskrankenhaus Rottenmann,
- Kontaktpflege und Begleitung der Gemeindeglieder,
- gute Zusammenarbeit mit den benachbarten Pfarrern,
- gute Zusammenarbeit mit den katholischen Amtsbrüdern im Sinne der Ökumene,
- Teilnahme und Repräsentation am öffentlichen Leben,
- aktive Zusammenarbeit mit den Schulen,
- Jugendarbeit.

Veränderungen der Arbeitsaufteilung in der Region sind für die kommenden Jahre angedacht.

Wir haben anzubieten:

- eine neu renovierte Pfarrwohnung im Ausmaß von 130 m² mit Grünanlagen in ruhiger Lage beim evangelischen Gemeindezentrum in Liezen, das erst kürzlich neu gestaltet wurde,
- engagierte ehrenamtliche MitarbeiterInnen,
- zwei Lektoren und eine Lektorin,
- zwei Organistinnen,
- eine Pfarrsekretärin (Teilzeit).

Bitte richten Sie Ihre Bewerbungen bis 15. Mai 2014 an: Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Liezen-Admont, Friedau 2, 8940 Liezen, E-Mail: evang.liezen@uaon.at.

Kontaktpersonen:

Administrator Dr. Manfred Mitteregger, Tel. (03685) 223 39 bzw. 0664-73 86 11 47, E-Mail: evang.pfarramt@utanet.at.

Kuratorin Martha Pesec-Foltin, Tel. (03612) 233 04 bzw. 0664-394 93 76, E-Mail: martha.pesec@aon.at.

49. Zl. GD 153; 460/2014 vom 18. März 2014

Ausschreibung (dritte) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Gaishorn/Trieben

Die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Gaishorn/Trieben schreibt ihre 75-%-Teilpfarrstelle mit dem 1. September 2014 aus. Mit einer zusätzlichen 25-%-Lehrverpflichtung (also einer RU-Verpflichtung von insgesamt elf Wochenstunden) ergibt das eine ganze Stelle.

Unsere Pfarrgemeinde erstreckt sich über fünf politische Gemeinden: Gaishorn, Trieben, Treglwang, Hohentauern und St. Johann am Tauern (Tochtergemeinde). Auf diesem Gebiet stehen drei Kirchen (Gaishorn, Trieben, St. Johann am Tauern) und das Pfarrhaus (Gaishorn). Alle Kirchen und das Pfarrhaus wurden in den letzten Jahren renoviert. Wir haben rund 762 Gemeindeglieder. Unsere Mitarbeiter/innen sind engagiert und hauptsächlich ehrenamtlich tätig.

Veränderungen der Arbeitsaufteilung in der Region sind für die nächsten Jahre angedacht.

Wir erwarten

- Freude an Ihrer Tätigkeit,
- gewissenhafte Amtsführung,
- regelmäßige Gottesdienste abwechselnd in den Kirchen an Sonn- und Feiertagen bzw. einmal pro Monat im Pflegeheim Trieben,
- Hausbesuche,
- gute Zusammenarbeit mit den Gemeindevertreter/innen bzw. mit den benachbarten Pfarrer/innen,
- Begleitung der Konfirmand/innen,
- Teilnahme am öffentlichen Leben,
- gute Zusammenarbeit mit den entsprechenden Schulen,
- Bereitschaft zur Ökumene.

Wir bieten

- ein großes Pfarrhaus (Pfarrerwohnung mit 96 m², Garage, Pfarrkanzlei, Gemeindesaal) mit Garten,
- engagierte Mitarbeiter/innen (Familiengottesdienste, Seniorennachmittage, Kinderfreizeit u. a.), die sich auf die neue Pfarrerin bzw. auf den neuen Pfarrer freuen,
- eine Lektorin,
- zwei Organist/innen,
- eine Religionslehrerin für Pflichtschulen,
- zwei geringfügig beschäftigte Küsterinnen,
- einen geringfügig beschäftigten Friedhofsbetreuer,
- einen freien Sonntag pro Monat.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbungen bis 30. Mai 2014 an: Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Gaishorn/Trieben, 8783 Gaishorn am See, Hausnummer 57.

E-Mail: evang.gaishorn@aon.at

Weitere Informationen finden Sie unter www.kirche-gaishorn.at

Kontaktperson: Administratorin Pfarrerin Mag. Karin Engle, Tel. 0699-188 77 655,

Kurator Johann Kolenprat, Tel. 0699-188 77 690.

50. Zl. GD 255; 472/2014 vom 18. März 2014

Ausschreibung (erste) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Ramsau am Dachstein

Nach 18 Jahren Dienst des bisherigen Amtsinhabers in der Ramsau und dessen Wunsch nach Veränderung wird die Pfarrstelle zum 1. September 2014 ausgeschrieben.

Unsere Pfarrgemeinde, mit heute 2220 Gemeindegliedern, ist die älteste Toleranzgemeinde in der Steiermark. Durch die lange Geschichte und die früher vorwiegend bäuerliche Bevölkerung ist die Gemeinde einerseits traditionell geprägt, andererseits durchaus einer Weiterentwicklung aufgeschlossen. Engagierte Gemeindeglieder suchen nach neuen Möglichkeiten evangelischen Lebens im Umfeld von Fremdenverkehr, Sport und nachhaltiger Landwirtschaft.

Die Gemeinde wünscht sich und erhofft von ihrem Pfarrer/ihrer Pfarrerin:

- Freude an seiner/ihrer Berufung zum Dienst in der Gemeinde und Verkündigung Jesu Christi;
- Begleitung auf einem gemeinsamen Weg unter Gottes Führung;
- Offenheit für die Menschen und deren Sorgen, Nöte und Freuden.

Zu den Aufgabenbereichen gehören:

- Leitung der Gottesdienste (vielfältige Angebote, keine weitere Predigtstation);
- Erledigung anfallender Amtshandlungen;
- Haus- und Krankenbesuche sowie seelsorgerische Betreuung der Gemeindeglieder im Klinikum Diakonissen Schladming und einer künftigen Senioreneinrichtung im Ort;
- Pfarramtsführung, Friedhofverwaltung;
- Begleitung, Unterstützung und Förderung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der engagierten Gemeindeglieder in Gebets-, Haus- und Besuchskreisen;
- Angebote für die „Randsiedler“ der Gemeinde. Hier besteht Offenheit für neue Wege und der Wunsch, bestehende Impulse zu verstärken.
- Jugendarbeit geschieht in Jungschar und Jugendkreis, und darüber hinaus, wofür auch eine Jugendreferentenstelle installiert ist.
- Unterweisung und Betreuung von jährlich zirka 20 bis 35 Konfirmanden.
- Religionsunterricht wird derzeit im Ausmaß von vier Unterrichtsstunden am BG/BRG Stainach geleistet. Die örtliche Volksschule wird von einem eigenen Religionslehrer betreut.

Bei der Wahrnehmung der Aufgaben unterstützen Sie:

Zwei Lektoren, Jugendreferentin (halbe Stelle, derzeit ausgeschrieben), Sekretärin, Kirchendiener, Organistin, Kirchenchor, ein Gospel-Chor, ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kinder- und Jugendarbeit, Besuchsdienst; Betreuer des Friedhofs und zuständige Presbyter aus den Ausschüssen.

Unsere Pfarrgemeinde umfasst im Gemeindegebiet Ramsau am Dachstein und Pichl-Vorberg zirka 80% der

Bevölkerung. Ramsau ist ein Luftkurort (zirka 1000 m Seehöhe) mit hoher Lebensqualität, regem Vereinsleben und wirtschaftlicher Bedeutung für die Region. Die Öffentlichkeitsarbeit und Kontakte zu den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft ist ein Bestandteil der Wahrnehmung evangelischen Lebens.

Für Sommer- und Wintertouristen sind in Zusammenarbeit mit Urlaubsseelsorgern besondere Angebote möglich.

Was bietet die Pfarrgemeinde?

Eine Pfarrwohnung (erster Stock, 145 m²) im renovierten, über 200 Jahre alten Bethaus; Pfarrgarten und Garage.

Das Bethaus beherbergt weiters Pfarramt, Pfarrbüro, Gemeindesaal mit kleiner Küche, Jugendräume und zwei weitere Wohnungen.

Die im neuromanischen Stil erbaute Kirche aus 1895 wurde 2008 renoviert und bietet 750 Sitzplätze.

Es erwartet Sie ein umfassendes Tätigkeitsfeld in einer reizvollen Gegend, eine Vielfalt an Begegnungen und eine Gemeinde, die vom Evangelium her in unserer Zeit und Gesellschaft Zeugnis für Jesus Christus sein möchte.

Das Presbyterium und die gesamte Gemeindevertretung aller Ortsteile freuen sich auf Ihre Bewerbung und sind offen für eine gedeihliche Zusammenarbeit.

Bewerbungen erbitten wir schriftlich bis 15. Juni 2014 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Ramsau 88, 8972 Ramsau am Dachstein.

Kontaktperson: Kurator Paul Eibl, Tel. (03687) 816 79.

51. Zl. GD 107; 329/2014 vom 24. Feber 2014

Ausschreibung (dritte) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Arriach

Hiermit wird die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Arriach per 1. September 2014 ausgeschrieben.

Arriach ist eine Toleranzgemeinde. Die Pfarrgemeinde zählt 900 Gemeindeglieder. Zwei Drittel der Arriacher Bevölkerung sind evangelisch. Arriach liegt im Mittelpunkt von Kärnten. Im 20 Kilometer entfernten Villach befinden sich alle höheren Schultypen. Mehrere Schigebiete und Badeseen befinden sich in unmittelbarer Nähe.

Im Besonderen erwarten wir uns von unserem Pfarrer oder unserer Pfarrerin:

Regelmäßige Gottesdienste an Sonn- und Feiertagen in Arriach, Amtshandlungen, Begleitung und Betreuung der Kinder-, Jugend-, Konfirmanden- und Frauenarbeit, Leitung des Pfarramtes sowie gute Kontaktpflege mit der Bevölkerung.

Da es sich um eine 75%-Pfarrstelle handelt, ist im entsprechenden Ausmaß Religionsunterricht zu erteilen (elf Wochenstunden Religionsunterricht).

Wir bieten:

Im großen Pfarrhaus befindet sich im 1. Stock die neu renovierte Wohnung mit 138 m², aufgeteilt auf fünf Zimmer mit Bad und WC.

Im Erdgeschoss des Pfarrhauses befinden sich die neu renovierte Pfarrkanzlei, ein Arbeitsraum und ein Sitzungsraum. Die Heizung wurde 2011 auf Fernwärme umgestellt. Zum Pfarrhaus gehören eine Garage, ein Carport und ein großer Garten.

Ein engagiertes Presbyterium und ebensolche Mitarbeiter freuen sich auf eine gute Zusammenarbeit. Weitere Informationen erhalten Sie von Kurator Dieter Unterköfler, Tel. 0650-8516000, und beim Administrator Pfarrer Mag. Robert Eberhardt, Tel. 0699-18877234.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung. Diese senden Sie bitte bis 31. Mai 2014 an das Evangelische Pfarramt Arriach, 9543 Arriach 29.

52. Zl. GD 408; 458/2014 vom 13. März 2014

Ausschreibung (erste) der mit der Amtsführung verbundenen Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Salzburg-Nördlicher Flachgau

Die mit der Amtsführung verbundene Pfarrstelle wird hiermit zur Besetzung zum 1. September 2014 ausgeschrieben.

Unsere 1981 gegründete Pfarrgemeinde liegt nördlich der Landeshauptstadt Salzburg in einer hügeligen, von Seen geprägten Landschaft. Sie zählt derzeit knapp über 2800 Gemeindeglieder auf einer Fläche von 476 km². Sie ist in vier Predigtstationen unterteilt: Bürmoos mit der Lukaskirche, Elixhausen mit der Honteruskirche, Neumarkt am Wallersee mit der Rupertuskirche und Seekirchen.

Die Pfarrgemeinde verfügt zur Zeit über zwei volle Pfarrstellen. Die weitere Pfarrstelle ist besetzt.

Gottesdienste werden derzeit regelmäßig in Bürmoos, Neumarkt, Elixhausen, Seekirchen, Oberndorf, Bergheim und Mattsee (an Festtagen) gefeiert.

Sitz des Pfarramtes ist in Elixhausen mit einem Pfarrhaus, in dem sich Pfarrbüro, Kirchenbeitragsstelle, Gemeindesaal, Räumlichkeiten für Kinderarbeit und eine Pfarrwohnung befinden. Diese Pfarrwohnung ist durch den Inhaber der weiteren Pfarrstelle belegt.

Der zu besetzenden Pfarrstelle ist die Predigtstation Bürmoos zugeteilt. Diese umfasst zur Zeit die politischen Gemeinden Bürmoos, St. Georgen, Lamprechtshausen, Oberndorf, Göming, Dorfbeuern, Nussdorf, Berndorf, Seeham und Mattsee. In Bürmoos stehen die Lukaskirche mit angeschlossenem Gemeindesaal, Jugendkeller und Büro. Unweit der Lukaskirche in Bürmoos befindet sich das im Eigentum der Pfarrgemeinde befindliche Reihenhäuser, welches als Pfarrwohnung dient. Diese Pfarrwohnung bietet 105 m² Wohnraum auf zwei Geschossen mit Wohnzimmer, Küche, Garderobe im EG, Schlafzimmer, zwei Kinderzimmern, Schrankraum und Bad im OG. Ein kleiner Garten mit Terrasse, Gartengeräteraum und überdachtem KFZ-Einstellplatz bilden die Außenanlage.

Abgesehen von der Geschäftsführung sind Gottesdienste und Amtshandlungen im Bereich der Predigtstation Bürmoos und in Absprache mit dem Inhaber der weiteren Pfarrstelle in der Gesamtgemeinde zu übernehmen. Die weitere Aufgabenteilung zwischen den beiden Pfarre-

rInnen ist zum einen regional und zum anderen auch inhaltlich vorgesehen. Diese Aufteilung wird in Absprache der beiden InhaberInnen der Pfarrstellen mit dem Presbyterium vereinbart.

Das Pflichtausmaß für die Erteilung des Religionsunterrichts beträgt acht Wochenstunden. Die höheren Schulen sind in Oberndorf, Neumarkt a. W., Straßwalchen, Seekirchen und Elixhausen/Ursprung.

Die hohe Zahl an Zu- und Wegzügen sowie die säkulare Situation im Ballungsraum der Landeshauptstadt bei i. W. gleichbleibender Seelenzahl hat uns veranlasst, Gemeindeentwicklungskonzepte anzudenken. Wir erwarten uns hier zusätzliche Impulse, gute Kommunikationsfähigkeit sowie Geduld und Ausdauer bei der Umsetzung.

Auf Grund der ausgewogenen Altersstatistik stellt die Arbeit mit Familien einen Schwerpunkt dar.

Eine Vielzahl von engagierten MitarbeiterInnen steht zur Verfügung und soll begleitet, motiviert und weiter gebildet werden. Wir erhoffen uns darum einen Bewerber/eine Bewerberin, dem/der Teamarbeit ein Anliegen ist.

Angebote in Diakonie (in Zusammenarbeit mit dem Diakoniewerk) und evangelischer Bildungsarbeit sollen verstärkt werden.

Im Gemeindegebiet befinden sich einige Seniorenheime und ein Krankenhaus, in denen der Kontakt zu den Evangelischen gepflegt werden soll.

Eine Gemeindepädagogin ist im Bereich der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit einem Ausmaß von zehn Wochenstunden beschäftigt und begleitet die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen in diesem Bereich.

Drei Religionslehrerinnen unterrichten an den Pflichtschulen.

Eine teilzeitbeschäftigte Sekretärin betreut die Kirchenbeitragsangelegenheiten und steht auch für weitere Aufgaben im Pfarrbüro zur Verfügung.

Das Presbyterium freut sich auf Ihre Bewerbung und ersucht diese bis 15. Mai 2014 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Salzburg-Nördlicher Flachgau, Nösnerstraße 12, 5161 Elixhausen, zu richten.

Nähere Auskünfte erteilen gerne:

Pfarrer Mag. Dietmar Orendi, Tel. 0699-188 77 566, E-Mail: pfarrer.orendi@aon.at.

Pfarrer Mag. Klaus Niederwimmer, Tel. 0699-188 77 567, E-Mail: k.niwi@sbg.at.

Kurator Martin Mericka, Tel. 0650-8717561, E-Mail: martin.mericka@sbg.at.

53. Zl. GD 266 b; 470/2014 vom 18. März 2014

Ausschreibung (erste) einer 50%-Teilpfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Salzburg-Süd in Kombination mit einer halben Stelle mit voller Lehrverpflichtung

Auf Grund des Ablaufs der zwölfjährigen Amtszeit des derzeitigen Stelleninhabers Ende August dieses Jahres wird die nicht mit der Amtsführung verbundene 50%-Teil-

pfarrstelle in Kombination mit einer 50-%-Teilpfarrstelle mit voller Lehrverpflichtung zum 1. September 2014 ausgeschrieben. Die Besetzung erfolgt durch Wahl.

Die Pfarrgemeinde umfasst den südlichen Stadtteil von Salzburg und die Gemeinden Anif und Grödig und zählt 2800 Gemeindeglieder. Die Pfarrkanzlei ist halbtags mit einer gut eingearbeiteten Sekretärin besetzt. Das Gemeindezentrum Salzburg-Süd ist im September 1999 fertig gestellt und seiner Bestimmung übergeben worden. Es umfasst neben einer Reihe von Gemeinderäumen die Auferstehungskirche, zwei Dienstwohnungen sowie ein angegliedertes Studentenheim mit 23 Heimplätzen.

Gottesdienste sind an allen Sonntagen und den hohen Festtagen in der Auferstehungskirche sowie einmal monatlich in Anif-Niederalm und in den Pensionistenheimen Nonntal und Hellbrunn in Abstimmung mit dem amtsführenden Pfarrer zu halten. Die Arbeit der Pfarrerrinnen oder Pfarrer wird von vier Lektorinnen und Lektoren unterstützt.

Religionsunterricht ist im Ausmaß von 14 Wochenstunden in Absprache mit dem Schulamt an höheren Schulen zu halten. Die Aufteilung der gemeindlichen Aufgaben wird zwischen den beiden Pfarrerrinnen oder Pfarrer und dem Presbyterium, gemäß der Gemeindeordnung, festgelegt.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der ausgeschriebenen Pfarrstelle ist die Jugend- und Konfirmandenarbeit. Der derzeitige Stelleninhaber hat eine große Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgebildet, die den Pfarrer unterstützen. Wir erwarten eine Fortführung dieser für uns sehr wichtigen Arbeit.

Wir haben eine gedeihliche Zusammenarbeit mit dem Presbyterium und der Gemeindevertretung.

Eine Dienstwohnung steht noch nicht zur Verfügung, da die derzeit angemietete Mietwohnung von der Eigentümerin verkauft wird. Diese Frage kann erst mit der Stelleninhaberin oder dem Stelleninhaber geklärt werden.

Ein Büroraum ist im Gemeindezentrum vorhanden.

Bewerbungen mögen bitte bis zum 15. Mai 2014 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Salzburg-Süd, Dr.-Adolf-Altman-Strasse 10, 5020 Salzburg, gerichtet werden.

Weitere Auskünfte erteilen Pfarrer Mag. Adam Faugel, Tel. (0662) 83 31 89-12, und Kurator Dr. Kurt Faber, Tel. (0662) 82 13 86.

den wohnen etwa 500 am Sitz des Pfarramtes in Saalfelden und etwa 100 gehören zur Predigtstelle Lofer. Gottesdienste werden gefeiert am 1. und 3. Sonntag im Monat in der Friedenskirche in Saalfelden, am 2. und 4. Sonntag im Monat in der Kreuzkirche in Lofer sowie zu den Feiertagen, und viermal im Jahr im Seniorenhaus Saalfelden-Farmach; während der Sommermonate wöchentlich in Lofer, wobei in Lofer für vier Wochen (Juli oder August) eine Urlaubsseelsorgestelle eingerichtet ist.

Religionsunterricht ist an den höheren Schulen in Saalfelden zu halten (derzeit acht Wochenstunden, davon sechs am Gymnasium und zwei kombiniert an HTL und HBLA, die im selben Gebäude untergebracht sind).

Die Pfarrgemeinde bietet ein Pfarrhaus in Saalfelden mit Dienstwohnung, erbaut 1980/81, in sehr schöner Lage. Die Dienstwohnung umfasst 105 m², zusätzlich gibt es ein Pfarrbüro von 15 m² mit separatem Eingang. Im Pfarrhaus verfügt die Gemeinde weiters über einen Gemeindesaal im Untergeschoss mit eigener Küche. Der Pfarrgarten steht dem Pfarrer oder der Pfarrerin zur Verfügung.

Auf die Zusammenarbeit mit der Pfarrerin oder dem Pfarrer freuen sich die vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (zwei Lektorinnen, drei Organistinnen und Organisten, Mitarbeiter für Haus- und Grundstücksbetreuung, Seniorenarbeit und Besuchsdienst sowie eine Mitarbeiterin in Büro und Kirchenbeitragsstelle).

Die wunderschön gelegene Stadt Saalfelden mit ihren etwa 16.000 Einwohnern bietet alle Schultypen und jede Art von Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten. Die Zusammenarbeit mit den römisch-katholischen Pfarrgemeinden ist sehr gut und wir hoffen auf eine Weiterführung der ökumenischen Beziehungen, auch zur serbisch-orthodoxen Gemeinde, die sich in unmittelbarer Nachbarschaft befindet.

Wir als junge und aufgeschlossene Gemeinde erwarten eine Pfarrerin oder einen Pfarrer, der bzw. die gerne im Team arbeitet, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begleitet und ermutigt und bereit ist, sich auf die Vielfalt unserer Gemeinde einzulassen.

Nähere Auskünfte erteilen gerne Kuratorin Eivor Schober, Bahnhofstraße 45, 5760 Saalfelden, Tel. (06582) 731 70 oder 0699-18877512, eivor@utanet.at, und der Administrator der Pfarrgemeinde, Pfarrer em. Peter K. Unter-rainer, Tel. 0699-18877511, evang.saalfelden@aon.at.

Bewerbungen sind bis zum 15. Mai 2014 an das Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Saalfelden, Palvenstraße 2, 5760 Saalfelden, evang.saalfelden@aon.at, zu richten.

54. Zl. GD 417; 471/2014 vom 18. März 2014

Ausschreibung (zweite) der Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Saalfelden

Die Pfarrstelle der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Saalfelden wird hiermit ausgeschrieben. Die Besetzung erfolgt zum 1. September 2014.

Die Evangelische Pfarrgemeinde A. B. Saalfelden ist trotz ihrer Diasporasituation gut überschaubar. Sie umfasst das Pinzgauer Saalachtal von Saalbach-Hinterglemm über Saalfelden und Lofer bis Unken mit den Seitentälern Maria Alm und Leogang. Von derzeit etwa 807 Gemeindeglied-

Kundmachung des Evangelischen Oberkirchenrates H. B.

55. Zl. HB 01; 363/2014 vom 27. Feber 2014

Evangelische Kirche H. B. Seelenstandsbericht 2013

	Wien- Innere Stadt	Wien- Süd	Wien- West	Ober- wart	Linz	Bregenz	Dornbirn	Feldkirch	Bludenz	Gesamt
Mitglieder H. B.	2.747	1.149	952	1.483	552	207	75	136	120	7.421
Mitglieder A. B.	2	0	0	0	102	2.268	1.479	1.570	748	6.169
Gesamt	2.749	1.149	952	1.483	654	2.475	1.554	1.706	868	13.590
Eintritte	10	1	2	8	2	1	4	0	2	30
Austritte	38	43	8	2	10	63	22	43	20	249
Getaufte	24	3	7	9	3	32	14	11	8	111
Todesfälle	26	21	17	13	6	37	24	14	11	169
Zuzüge Inland	22	32	10	3	25	35	44	25	21	217
Wegzüge Inland	22	15	17	1	11	53	44	28	12	203
Zuzüge Ausland	14	0	0	0	0	159	0	2	0	175
Wegzüge Ausland	22	9	3	0	8	115	32	55	29	273
Wahlgemeinezuzüge	40	5	6	0	10	8	3	0	2	74
Wahlgemeindeabgänge	9	19	9	2	3	5	6	0	0	53
KonfirmandInnen	15	6	5	11	0	14	8	7	9	75
Getraute	7	1	2	3	3	7	2	1	1	27
Bestattete	20	17	17	13	6	32	22	11	10	148

Dipl.-Ing. Klaus Heußler
Oberkirchenrat

Pfarrer Mag. Thomas Hennefeld
Landessuperintendent

Terminevidenz regionaler und überregionaler Veranstaltungen

Um die Planung von Veranstaltungen zu erleichtern und um Terminkollisionen möglichst zu vermeiden, ist beim Presseamt der Evangelischen Kirche eine zentrale Terminevidenz eingerichtet. Alle regionalen und überregionalen Veranstaltungen wie Gemeindetage, Pfarrkonferenzen, Superintendentialversammlungen u. dgl. — auch solche, die mehr für den kircheninternen Bereich gelten — sind dem Presseamt mitzuteilen. Ebenso kann telefonisch, per Fax oder über Internet abgefragt werden, ob an einem bestimmten Tag bereits Veranstaltungen geplant sind.

Das Amtsblatt wolle genau gelesen werden — Erlagscheine mit Verwendungszweck versehen — Geschäftsstücke ausnahmslos im Dienstweg vorlegen — Behandlung mehrerer Angelegenheiten in einem Geschäftsstück ist unzulässig — In Antworten Geschäftszahl (Beitragskontonummer) anführen — Fristen beachten (Kollekten-Ablieferung, Vorlage der Rechnungsabschlüsse, Seelenstandsbericht usw.)

Wir ersuchen alle GlaubensgenossInnen, ihnen bekanntwerdende Zu- und Wegzüge, Geburten, Trauungen und Todesfälle evangelischer GlaubensgenossInnen dem Pfarramt mitzuteilen.

P. b. b. Erscheinungsort Wien